

# **offen-siv**

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**2-2021**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe Januar-Februar 2021**

**Mit Schwerpunkt: Ideologische Debatten**

Redaktionsnotiz.....	3
Das Virus und das Kapital.....	7
Corona-Gewinner.....	7
<i>Jens Röstel</i> : „Querdenker“-Gegendemo in Frankfurt (Oder) und eine polizeilich auf ihre Legalität überprüfte KPD am 28.11.2020...	7
Ideologische Debatten.....	10
<i>Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE)</i> : Beitrag bei der Veranstaltung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) zum 100. Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Wien am 11. November 2017.....	10
<i>Kemal Okuyan (TKP)</i> : Eröffnungsrede zur Tagung "Der Kampf um den Kommunismus: hundert Jahre politisches Erbe".....	15
<i>Partei der Arbeit Österreichs</i> : Beitrag beim Online-Plenum der Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas am 13.12.2020 (Auszüge).....	23
<i>Frank Flegel</i> : Der Revisionismus wird nicht müde. Also nochmal: Sozialismus - Planwirtschaft oder „Marktwirtschaft“?.....	25
<i>Bob Oskar, Jona Textor und Nasrin Düll (Kommunistische Organisation)</i> : Ein Beitrag zur Diskussion um die Bildungszeitung “Reaktionärer Staatsumbau” der DKP.....	33
<i>Christian Kunz</i> : Über kommunistische Bündnispolitik.....	45
<i>Heinz Ahlreip</i> : Das Jahr 2021 – 150 Jahre Pariser Kommune.....	49
Nachrufe.....	56
<i>Ernesto Schwarz und Reinhardt Silbermann</i> : Nachrufe auf Christian Krähling.....	56
<i>Sergey Rychenkov</i> : Nachruf auf Richard Iwanowitsch Kosolapow (Übersetzung: Yana).....	58
<i>Kundschafter des Friedens</i> : Nachruf auf Dieter Popp.....	60
<i>Frank Flegel</i> : Nachruf auf Erich Buchholz.....	61
Aus der Leser/innen-Post.....	67
<i>Joachim Becker</i> : Zu: „Offener Brief an die Bundesregierung“, offen-siv 9-2020.....	67
<i>Fritz Dittmar</i> : Zum Kuba-Heft, offen-siv 10-2020.....	68
Rechenschaftsbericht 2020.....	69

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,  
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## **Redaktionsnotiz**

Dieses erste Zweimonats-Heft der offen-siv im Jahr 2021 steht ganz unter dem Zeichen des Schwerpunktes dieses Heftes: „Ideologische Debatten“. Die Auseinandersetzungen hören nicht auf und werden, so kann man jedenfalls aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung schließen, nie aufhören. Der Marxismus-Leninismus wird an allen möglichen Punkten angegriffen. Es erscheint manch einem wie ein heillooses Durcheinander. Bei näherem Hinsehen sortieren sich die Fragen aber in klare Bereiche. Wir wollen hier nur vier unseres Erachtens sehr wichtige Bereiche ansprechen.

Da gibt es erstens die entscheidende Frage, was denn Sozialismus eigentlich sei. Damit zusammen hängt die Frage, ob es möglich ist, allgemeingültige Schlüsse aus der marxschen Kapitalismusanalyse für den Sozialismus zu ziehen, für die Gesellschaft also, die den Kapitalismus überwindet. Unsere Klassiker haben das selbstverständlich getan. Kurz zusammengefasst: Erringung der politischen Macht, Zerschlagen der bürgerlichen Staatsmaschinerie, Aufbau der Diktatur des Proletariats, Enteignung der Bourgeoisie und Überführung der Produktionsmittel in gesamtgesellschaftliches Eigentum, Wirtschaft nach einem gemeinschaftlichen Plan. Heute aber scheinen viele, die sich für Kommunisten halten, an einer solchen Klarheit zu zweifeln und das sowohl

bei der Frage der Diktatur des Proletariats als auch bei der Frage der Planwirtschaft.

Zweitens gibt es eine Erosion in der Frage der marxistischen Staatstheorie. Ist der Staat der „ideelle Gesamtkapitalist“ (Marx) oder nicht? Es gibt unterschiedliche Formen bürgerlicher Herrschaft (bürgerlicher Parlamentarismus, konstitutionelle Monarchie, Militärdiktatur, Faschismus). Kann der bürgerliche Parlamentarismus eine Staatsform sein, die auch für den Übergang zum Sozialismus taugt? Die Antwort kann nur „nein“ lauten, aber hier gibt es große Unklarheiten.

Drittens gibt es viele Fragen zur Strategie der Partei. Hierbei spielt die eben angesprochene Verwirrung um den bürgerlichen Parlamentarismus eine wichtige Rolle, was mit der Frage des Zusammenhangs von Imperialismus und Faschismus und der Frage der Einschätzung der Kräftekonstellationen im Monopolkapitalismus zu tun hat. Sind Kleingewerbetreibende und Eigentümer mittelständiger Betriebe grundsätzliche Bündnispartner der Arbeiterklasse? Wie weit können Kompromisse der kommunistischen Kräfte in breiten Bündnissen gehen? Wie verhält es sich mit der Einheitsfront- und vor allem mit der Volksfronttaktik? Manchmal wird bei der Festlegung der Strategie das Pferd von hinten aufgezäumt: Die Strategie steht fest und die theoretischen Grundlagen werden hinsichtlich der Legitimation der gewählten Strategie zurechtgebogen, was die Verwirrung nicht kleiner macht.

Und die vierte Frage hängt stark mit der erstgenannten und der dritten zusammen: Die Niederlagenanalyse. Warum konnte die Konterrevolution in Europa siegen? 30 Jahre nach dem Sieg des Imperialismus über den Sozialismus in Europa ist die Situation bei den kommunistischen und linken Kräften noch immer verheerend. Die einen drücken sich völlig vor der Beantwortung dieser Frage, andere sind der Meinung, dass man, wenn man wesentlich früher und durchgreifender die Marktwirtschaft im Sozialismus eingeführt hätte, die Konterrevolution hätte vermeiden können, die nächsten machen Stalin für alles verantwortlich, andere nehmen die Niederlage zum Anlass, den Sozialismus gänzlich für unmöglich zu halten und so weiter und so fort.

Klarheit und damit Einheit in auch nur einer dieser wesentlichen Fragen ist nicht in Sicht.

Wir hoffen, Euch nicht zu langweilen, können aber auch nicht anders, als uns mit diesen ideologischen Fronten zu beschäftigen. An dieser Stelle möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass sowohl die KPD als auch die Kommunistische Organisation einen Klärungsprozess sowohl für notwendig halten als auch organisieren, auch wenn die Corona-Bedingungen dies im letzten Dreivierteljahr sehr erschwert haben. Ebenso arbeiten einige kommunistische Parteien in einer ideologisch sehr klaren Art und Weise. Um einige zu nennen: Die KKE, die TKP, die mexikanische Partei, die Partei der Arbeit Österreichs und einige mehr.

All diesen Fragen haben wir dieses Heft fast gänzlich gewidmet und wir werden die Diskussion dieser Fragen in der März-April-Ausgabe fortsetzen. Dort wird auch eine umfänglichere Arbeit zur politischen Analyse Chinas vom Genossen Jürgen Geppert erscheinen.

Nun aber zu einem anderen Bereich. Zusätzlich zum Schwerpunktthema findet Ihr in diesem Heft mehrere Nachrufe. Es haben uns sehr gute Genossen verlassen. Wir verlieren immer mehr Genossinnen und Genossen und damit deren Erfahrungen und deren Wissen. Anna und ich haben noch Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus wie Kurt Baumgarte und Emil Carlebach kennengelernt, nach der Konterrevolution dann Genossen wie Erich Buchholz, Walter Florath, Kurt Gossweiler, Ulrich Huar, Dieter Itzerott, Heinz Keßler, den Spanienkämpfer Fred Müller, Karl-Eduard von Schnitzler, kommunistische Christen wie Rosemarie und Hanfried Müller, Kundschafter des Friedens wie Dieter Popp. Sie alle und noch viele andere mehr sind nicht mehr unter uns.

Cinar Cimen von der TKP schickte uns am 24.12.2020 folgenden dramatischen Appell:

*„Erich Buchholz und Dieter Itzerott haben uns dieses Jahr verlassen. Diese und weitere Verluste von erfahrenen DDR-Bürgern schmerzen mich sehr. Zwei Protagonistinnen des KO-Films "Das Andere Leben" haben uns dieses Jahr bspw. auch verlassen - darüber hinaus haben uns in den letzten fünf Jahren die verdienstvollen Genossen Margot Honecker, Heinz Kessler, Horst Schneider und Kurt Gossweiler verlassen. Ihr Verlust zeigt uns allen folgendes: Wir haben keine Zeit zum Vergeuden! Ihr, die erfahrenen und klassenbewussten DDR-Bürger, habt die historische Pflicht, bis zu eurem*

*letzten Atemzug uns, der jungen Generation von Revolutionären, eure Erfahrungen und euer Wissen aus und über die DDR weiter zu geben! Der ideologische Angriff des Klassenfeindes ist gigantisch und damit können wir, die junge Generation, nicht alleine zurecht kommen! Seht ihr das nicht? Seht ihr die Gefahr, die bei der gigantischen antikommunistischen Hetze gegen die DDR für die Zukunft der kommunistischen Bewegung Deutschlands und des gesamten werktätigen Volkes Deutschlands entsteht, nicht? Diese ideologische Vernichtung und Beschmutzung der kollektiven sachlichen Erinnerung an die DDR bereitet die Grundlage für sehr große, neue Verbrechen des deutschen Großkapitals gegenüber der Menschheit vor. (...)*

*Deshalb sage ich seit Jahren, dass in diesem Zusammenhang bzw. zur Erarbeitung, Sammlung und Dokumentation der Beiträge zum Schutz und zur Verbreitung des Erbes der DDR u.a. auch ein/e wissenschaftliche/s "Komitee/Bewegung/Organisation zur Erforschung, Verteidigung und Verbreitung der revolutionären Geschichte und des revolutionären Erbes der Deutschen Demokratischen Republik" gegründet werden sollte. Das ist ein Vorschlag von mir. Solche Organisationen müssen gegründet werden und in ihr müssen aus allen Generationen Kommunisten, Sozialisten und klassenbewusste Menschen, allen voran ältere und klassenbewusste DDR-Bürger, mitwirken. Wir haben keine Zeit - wir müssen uns beeilen! (...)"*

Zum Schluss dieser Redaktionsnotiz der Hinweis, dass Ihr den Rechenschaftsbericht für 2020 am Ende des Heftes nach dem Blick in die Leser/innen-Post findet.

Wie Ihr im Rechenschaftsbericht sehen werdet, müssen wir wie immer um Spenden bitten.

**Spendenkonto Offensiv:**

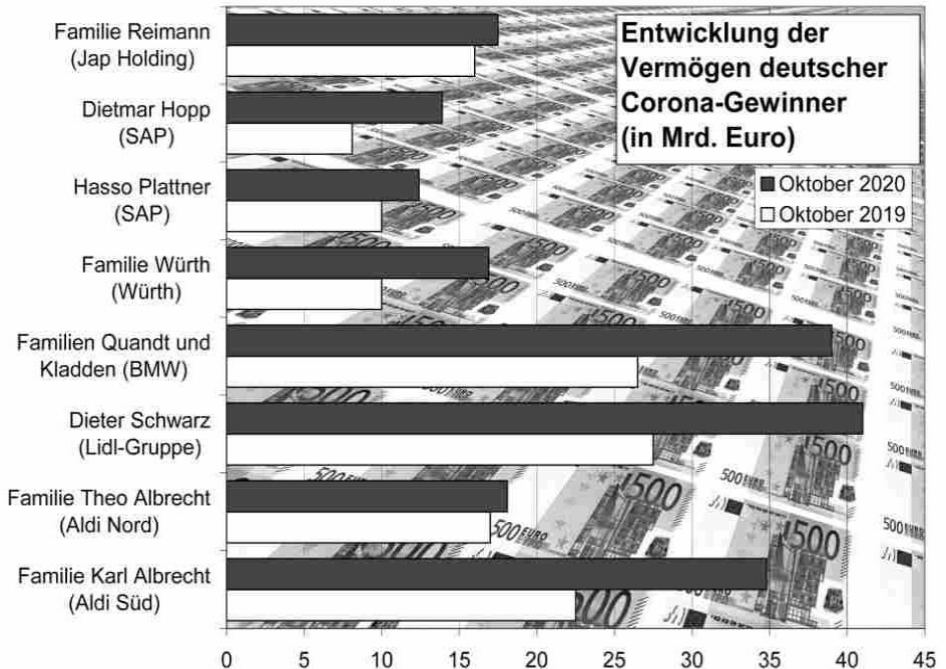
**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

## Das Virus und das Kapital

### Corona-Gewinner



Quelle: UZ, 11.12.2020

### **Jens Röstel: „Querdenker“-Gegendemo in Frankfurt (Oder) und eine polizeilich auf ihre Legalität überprüfte KPD am 28.11.2020**

Liebe Genossinnen und Genossen, nicht nur das zögerliche, widersprüchliche herangehen der BRD an die Corona-Pandemie, deren Informationspolitik und die ganz und gar falsche Umgehensweise mit der sogenannten Meinungsfreiheit in diesem Lande war es, die zu diesen „Querdenker“-Aufmärschen am 28.11.2020 in Frankfurt (Oder) und anderen Städten an den

vergangenen Tagen führte. Schuld ist dieses kapitalistische Gesellschaftssystem, das an allen Ecken und Kanten krankt, die Bevölkerung mit einem kaputt gesparten Gesundheitssystem in die Pandemie gehen ließ und alle moralischen wie ethischen Werte gleichermaßen vergessen machte, als es darum ging, für die Gesunderhaltung und Behandlung erkrankter Bürger zusätzliche finanzielle Mittel, sowie alles andere was zu einem guten Gesundheitssystem gehört, sofort und ausreichend zur Verfügung zu stellen.

Aber was ist in diesem Gesellschaftssystem schon ein Menschenleben wert, wo es laut Wolfgang Schäuble doch zuallererst um den Erhalt der Grundfreiheiten eines jeden einzelnen Individuums geht und hierfür ein paar Tote in Kauf genommen werden, sofern es sich natürlich nicht um die eigenen oder die seiner Auftraggeber aus Politik und Wirtschaft handelt. Menschenverachtender kann man seine Einstellung als politischer Vasall der Bourgeoise nicht bezeichnen. Hier drückt er aber genau das aus, was von der Bundesregierung erwartet wird: Die Grundfreiheit auf Profit. Sie darf auch unter Corona-Bedingungen nicht angetastet werden und so werden Großkonzerne in Milliardenhöhe (DB, Lufthansa, TUI usw.) vom Staat großzügig mit Steuergeldern unterstützt und dürfen durch Arbeitsplatzabbau (MAN), Werksschließungen (Haribo) und Aushöhlung von Betriebs- und Tarifvereinbarungen sich so gründlich sanieren, wie es vor Corona legal nicht möglich gewesen wäre. Wie in jeder Krise des Kapitalismus werden auch in dieser vornehmlich die Werktätigen, Rentner und Armen dieses Landes die finanziellen Folgen der Pandemie tragen und ertragen müssen.

Von all diesen Gebrechen, die zu diesen „Querdenker“-Demonstrationen führen, gab es kein einziges Wort in den Eröffnungsreden der Gegendemo am Bahnhof Frankfurt (Oder), dass vom Bündnis „Keine Nazis in Frankfurt (Oder)“ organisiert wurde. Kein Wort dazu, warum unzufriedene Bürger sich mit dem rechten Gesindel gemein machen, der inzwischen diese "Querdenker-Demos" für seine Interessen erobert hat und auszunutzen versteht. Keine Forderungen nach Verbot rechter Vereinigungen und Parteien, um den faschistischen Spuk ein Ende zu bereiten. Keine Forderungen nach einem menschenwürdigen Gesundheitswesen, das mit ausreichend Personal und finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Keine Forderungen nach sozialen Veränderungen, die das Leben menschenwürdiger machen und den „Querdenkern“ samt rechtem Mob den Wind aus den Segeln nehmen könnte.



Dennoch hatte die Gegendemo natürlich ihre Berechtigung und unter dem Motto "Solidarität statt Rücksichtslosigkeit - Maskenball statt Corona-Leugner" führte sie rund 150 Teilnehmer vom Bahnhof durch die Innenstadt zur Stadtbrücke von Frankfurt (Oder). Es waren überwiegend junge Leute, die mit ihren selbstgebastelten Plakaten aus Karton gekommen waren, um gegen Corona-Leugner, Reichsbürger und Faschisten zu demonstrieren und mit Unverständnis habe ich feststellen müssen, dass trotz teilnehmenden Mitgliedern aus regionalen "linken" und antifaschistischen Bündnissen, Organisationen und Parteien, unsere Partei die einzige war, die ihre Fahne zur Gegendemo mitgebracht hatte. Nun frage ich mich aber auch, wie die Leute innerhalb und außerhalb der Gegendemo denn sehen sollen, wer hier mit wem auf- und mitmarschiert, wenn keiner seine Fahnen zu öffentlichen Kundgebungen bzw. Demonstrationen trägt. Oder ist das etwa bewusst nicht gewollt?

Liebe Genossinnen und Genossen, auf der Kundgebung habe ich auch erste Erfahrungen mit dem Umgang der Polizei dieses Landes mit unserer Partei sammeln können. So wurde ich auf der Hälfte der Demonstrationsroute am Oder-Turm von drei der reichlich vielen uns „schützenden“ Polizisten aufgefordert, unsere Parteifahne einzurollen oder bei nicht Ausführung diese umgehend und ohne Aufsehen ihnen zu übergeben, da die KPD seit 1956 verboten sei. Im ruhigen und sachlichen Ton und immer noch mit wehender Fahne in der Hand erläuterte ich den wortführenden Polizisten die Sachlage zur Legalität unserer Partei und merkte an, dass ich ganz und gar nicht bereit wäre, unsere Fahne einzuholen. Demonstrativ hielt ich ihm daher unsere Fahne entgegen. Kurz darauf zog er sich allein zurück. Nach einer Unterredung wahrscheinlich mit seiner vorgesetzten Stelle kam der wortführende Polizist zurück, entschuldigte sich und gab meinen Erläuterungen zur Legalität unserer Partei in allen Punkten Recht.

Schade dass sich dies nicht auch auf die verbotene KPD von 1956 ausdehnen ließ.

Mit kommunistischen Grüßen aus Frankfurt (Oder), Jens.

## Ideologische Debatten

### **Beitrag der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) bei der Veranstaltung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) zum 100. Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Wien am 11. November 2017**

Genossinnen und Genossen,

seitens der KKE richten wir unseren Gruß an alle Genossen und Genossinnen, die sich heute hier befinden, um ein welthistorisches Ereignis zu ehren, das den Lauf der Geschichte veränderte. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution erschütterte nicht nur das Zarenreich, und kehrte das Unterste zuoberst, sondern die ganze Welt, indem sie hunderten von Millionen in der ganzen Welt revolutionären Atem einflößte. Die Errungenschaften des Sozialismus in den Bereichen der Gesundheit, Bildung, Sozialversicherung, Kultur, Wissenschaft, in jeder menschlichen gesellschaftlichen Aktivität übten Einfluss auch auf die restliche kapitalistische Welt aus. Sie entzündeten harte Klassenkämpfe für die nationale Befreiung in den Kolonien der damals großen imperialistischen Mächte und für demokratische, gewerkschaftliche Rechte und soziale Gerechtigkeit in der ganzen Welt. Die Sowjetunion, die aus der Revolution geboren wurde und der erste Arbeiterstaat der Welt war, war für sieben Jahrzehnte der Verbündete im Kampf der Völker und wurde von allen bürgerlichen Regimes als verhasster Feind bekämpft, einmal mit direkten kriegerischen Mitteln und das andere Mal mit politischen, ökonomischen und diplomatischen Machenschaften.

Die KKE ehrt die bolschewistischen Kommunisten, die den bürgerlichen kapitalistischen Staat in seinen Fundamenten zerstörten, um den demokratischsten Staat, den Staat der Arbeiterinstitutionen der Diktatur des Proletariats aufzubauen. Auch wenn dieser Staat heute nicht mehr besteht, ändert das in keinsten Weise die Tatsache, dass unser Zeitalter weiterhin jenes des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, was sich aus den

unüberwindbaren Sackgassen der kapitalistischen Produktionsweise selbst ergibt.

Es ist heute erforderlich, dass die Kommunisten Schlussfolgerungen aus dem Verlauf der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus ziehen. Was war das, das zum Sieg der Bolschewiki geführt hat?

Zunächst ist es offenkundig, dass dieser Sieg nicht möglich wäre ohne das Bestehen der organisierten Vorhut der Arbeiterklasse, ohne das Bestehen der bolschewistischen Partei, einer Partei, gestählt in den Klassenkämpfen und im Kampf gegen die Strömungen des Opportunismus, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre die den Fatalismus pflegten, parlamentarische Illusionen verbreiteten, die bürgerliche Provisorische Regierung unterstützten, die im Februar 1917 gebildet wurde, die die Sowjets während eines kritischen Zeitraums fesselten und versuchten, sie ihrer Kraft zu berauben. Ohne die ideologisch-politische und organisatorische Loslösung vom Opportunismus, den harten Kampf gegen ihn, gegen die parlamentarischen Illusionen und die Logik der Verwaltung und Reform des Kapitalismus, würde es keine Revolution geben.

So wie es auch keine siegreiche Entwicklung der Revolution geben könnte, wenn Lenin und die bolschewistische Partei im April 1917 nicht die Aufgaben für die sozialistische Revolution festlegten, indem sie frühere Erwägungen ihrer überwandten. Somit können wir mit Sicherheit sagen, dass der Rote Oktober die unersetzliche Rolle der politischen revolutionären Vorhut, der Kommunistischen Partei als leitenden Faktor sowohl während der sozialistischen Revolution als auch insgesamt im Kampf für die Gestaltung, Verstärkung und den endgültigen Sieg der neuen kommunistischen Gesellschaft aufzeigte.

Seitdem mögen 100 Jahre vergangen sein, aber die Rolle des Opportunismus, der Hang zum Kompromiss mit dem Kapitalismus, zum "Klassenfrieden", zur Verwaltung des Systems, die von opportunistischen und sozialdemokratischen Kräften alter und "neuer", aber die für die Arbeiterbewegung genauso gefährliche Art kultiviert werden, bleiben genauso schmutzig oder sogar schmutziger. Für die Kommunisten kann es kein "überbrückendes" Bündnis und keine Einheit mit diesen Kräften geben, die innerhalb der Volks- und Arbeiterbewegung "Träger" der bürgerlichen Ideologie sind, diese immer

entwaffnet und zahn- und kraftlos haben will. Im Gegenteil, es ist der Kampf mit den Opportunismus und die Sozialdemokratie, der den revolutionären Kräften Kraft gibt.

Die Sozialdemokratie und die Opportunisten säten schon seit den Zeiten Lenins bei den Völkern den Zweifel an die Notwendigkeit der Revolution, indem sie Auffassungen vom "friedlichen Übergang", der Reform und des "dritten Wegs zum Sozialismus" propagierten. Was stellte sich aber in diesen 100 Jahren heraus? In welchem Land wurde dies zustande gebracht? Sozialdemokraten und Opportunisten haben all die Jahre in vielen Ländern verschiedene "Mitte-links" oder auch "Linke" Regierungen gebildet. Welches dieser Länder ist "friedlich" zum Sozialismus - d.h. zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen - übergegangen? In welchem dieser Länder hat das Kapital aufgehört die Macht zu besitzen? Die Antwort ist: in keinem! Tatsächlich wurden in manchen Ländern aus bestimmten Gründen und unter konkreten Umständen und immer durch den Kampf der Völker und unter der Ausstrahlung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder für die Arbeiter- und Volksmassen für eine Zeit lang einige wichtige Errungenschaften erzielt, die heute eine nach der anderen abgeschafft werden. Das Leben selbst zeigt, dass der Kapitalismus nicht danach trachtet eine Reihe von sozialen Fragen, wie Gesundheit, Bildung, Sozialversicherung, Wohnen usw. zu lösen, weil fürs Kapital all diese nur Bereiche für Profit und Spekulation sind.

Für die Arbeitnehmer gibt es keinen anderen Weg als den des Kampfes für die alltäglichen Probleme, mit denen sie konfrontiert werden. Er soll heute alle Arbeiter- und Volksschichten versammeln, die mit den Monopolen und den Kapitalismus konfrontiert sind. Die zyklischen Wirtschaftskrisen sind in der DNS des Kapitalismus und sie werden immer tiefer und gleichzeitiger, mit der Folge, dass die Arbeitslosigkeit steil ansteigt, dass die schlechtbezahlte und unversicherte Arbeit, das Leben mit zerschlagenen Rechten, mit imperialistischen Kriegen um die Aufteilung der Märkte und des Bodens sich erneut ausweiten. Die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, trotz der Produktivitätssteigerung der Arbeit, betrifft die gesamte kapitalistische Welt und sogar die am meisten entwickelten Länder. Die kapitalistischen Staaten selbst und ihre Forschungszentren geben zu, dass das Arbeitereinkommen sinkt, während die Reichtümer der Kapitalisten steigen.

Dieser "Teufelskreis" kann nicht mit "Reparaturen" korrigiert werden, sondern wird von der sozialen Revolution zerstört werden, deren Voraussetzungen der Kapitalismus selbst hervorbringt. Lenin legte den Begriff der revolutionären Situation dar und bestimmte die objektiven und subjektiven Hauptmerkmale, die sich in der Gesellschaft am Vorabend der Revolution häufen. Aber, wie Lenin treffend darauf hinweist, wandelt sich nicht jede revolutionäre Situation in eine Revolution um. Weder der Widerstand der Unteren noch die Krise der Oberen wird den Umsturz hervorrufen, wenn es keine geplante revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse unter der Leitung ihrer bewussten Vorhut gibt.

Mit anderen Worten, damit die Arbeiterrevolution ausbricht ist das Bestehen einer revolutionären politischen Vorhut, der Kommunistischen Partei erforderlich, ausgerüstet mit einer ausgearbeiteten Theorie und Voraussicht der Entwicklungen, gestützt auf die marxistisch-leninistische Weltanschauung und fähig die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse zu führen.

Selbstverständlich setzt der Ausbruch der sozialistischen Revolution, wie außerdem jede entsprechende soziale Revolution, die die menschliche Geschichte kennengelernt hat, voraus, dass eine Situation auftritt, in der die Fähigkeit der herrschenden Klasse das Volk zu integrieren, zu unterdrücken und zu beruhigen geschwächt wird. Er setzt voraus, dass die Arbeiterklasse nicht nur den bürgerlichen Staat zerbricht, sondern auch ihren eigenen errichtet und ihn gegenüber inneren und äußeren Feinden verteidigt. Die Geschichte der UdSSR ist besonders lehrreich was das betrifft, da harte Kämpfe notwendig waren, damit z.B. die Kollektivierung und die Industrialisierung während der 30er Jahre voranschreiten konnten, Prozesse, ohne welche die UdSSR das Ungeheuer des Faschismus, das das kapitalistische System selbst hervorbrachte und dessen "Fleisch und Blut" er ist, nicht besiegen hätte können. Damals wandelte der junge Sowjetstaat unter der Führung Stalins ein verhältnismäßig armes Land zur zweitgrößten Weltmacht um. Aber das fand nicht ohne harte Kämpfe und schwierige Entscheidungen statt. So wird heute der Antistalinismus als "Speerspitze" des Antikommunismus und Antisowjetismus benutzt. Die Opportunisten, hauptsächlich derjenigen Parteien, die der Strömung des sogenannten "Eurokommunismus" folgten und heute federführend in der sogenannten "Europäischen Linkspartei" (ELP) sind, sind die "linken Hymnensänger" der

antistalinistischen-antikommunistischen Propaganda. Ihr Ziel ist es auch die Werktätigen und die Jugend mitzureißen, die noch nicht bedacht haben, dass die Welt der Ausbeutung ohne Opfer zu bringen, ohne Kampf, quasi "von der Couch aus", nicht zu verändern ist. Diese möchten wir an folgende Worte Lenins erinnern: "Die „sozialen" Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie von erbitterten Klassenkämpfen und Klassenkriegen, um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen".

Genossinnen und Genossen,

die KKE studiert die Geschichte, sie hat Schlussfolgerungen nicht nur aus dem Positiven, sondern auch aus dem Negativen gezogen, aus den Fehlern und den Abweichungen im sozialistischen Aufbau, unter anderem auch aus der Periode unter der Führung Stalins. Das ist eine Sache und eine andere ist die Ablehnung des Sozialismus, der aufgebaut wurde. Heute erlaubt mir die Zeit nicht, ausführlich auf unsere Einschätzungen zu den Gründen, die zur Restauration des Kapitalismus geführt haben, einzugehen. Dennoch könnte ich erwähnen, dass sich diese im "verfeinern" des Sozialismus mit dem Kapitalismus, mit dem "Wurm" des Marktes befinden, vor allem nach der Mitte der 50er Jahre, das zusammen mit falschen Entscheidungen im politischen Überbau und in der Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung, den Sturz des Sozialismus und die Auflösung der UdSSR herbeiführte.

Genossinnen und Genossen,

der Angriff gegen die Arbeiterklasse, die Werktätigen in der ganzen Welt, ist durchgreifend, hart und findet an allen Fronten und in der ganzen Welt gleichzeitig statt. Die Antwort der Werktätigen muss eine entsprechende, internationale Antwort sein. Leider ist die kommunistische und Arbeiterbewegung heute ideologisch-politisch und organisatorisch zersplittert, in ihr dominieren schädliche Ansätze und strategische Ausarbeitungen vorhergehender Jahrzehnte. Daraus entsteht die Aufgabe, die kommunistischen und Arbeiterparteien, ihre bilaterale, und multilaterale, Beziehungen zu intensivieren, Erfahrung auszutauschen, gemeinsam den

Kampf gegen die bürgerliche Klasse, die imperialistischen Kriege, den Opportunismus gemeinsam unter Beschuss zu nehmen, ihre historische Erfahrung der letzten 100 Jahre mit Argumenten zu diskutieren und ihre Strategie mit dem Charakter der Epoche, die die Oktoberrevolution eröffnete, im Einklang zu bringen. Und das, indem sie in jedem Land und auf der ganzen Welt eine revolutionäre Linie einschlagen. Wir freuen uns, dass wir diesen Weg im Rahmen der "Europäischen Kommunistischen Initiative" gemeinsam mit der Partei der Arbeit Österreichs und Dutzenden anderen Parteien gehen. Dies ist der beste Weg, um den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution zu ehren.

Weil nicht der Kapitalismus die Zukunft ist, sondern die neue Welt der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus!

Hoch lebe die Große Sozialistische Oktoberrevolution"

Hoch lebe der Marxismus-Leninismus!

Hoch lebe der proletarische Internationalismus!

## ***Kemal Okuyan: Eröffnungsrede zur Tagung "Der Kampf um den Kommunismus: hundert Jahre politisches Erbe"***

Mit Einladung der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) veranstaltete die Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien in Europa eine Tagung unter dem Motto „Der Kampf um den Kommunismus: hundert Jahre politisches Erbe“ am 16. und 17. Februar 2019 in Istanbul. Kemal Okuyan, Generalsekretär der TKP hielt auf der Tagung folgende Eröffnungsrede:

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor 100 Jahren kamen 54 Delegierte, von denen 35 stimmenberechtigt waren, in Moskau zusammen. Sie wollten die Menschheit vor der Ausbeutung retten, die von Ungerechtigkeit und Widerrechtlichkeit geprägten verdorbenen Gesellschaftsstrukturen nieder machen, die in unterschiedlichen Ländern fortdauernden kommunistischen Kämpfe zu einer vereinten Macht überführen, die Energie der 1917 an die Macht gekommenen Arbeiterklasse Russlands, beginnend in Europa, unter allen werktätigen Völkern der Welt verbreiten. Das war der 2. März 1919. Eigentlich hätte ich jetzt auch sagen können, „vor ganz genau 100“ Jahren...

Denn eigentlich sollte am 15. Februar bereits das Gründungskongress der Kommunistischen Internationale stattfinden, dem 24 Jahre lang hunderttausende von Menschen an ihren Arbeitstischen oder im Streik, an Barrikaden oder in Kerkern der Gestapo, am Rednerpult im Parlament oder in Konzentrationslagern, im Kremlpalast oder an den Volokolamsk Barrikaden, sich als stolze Militanten anschlossen. Wenn die anti-revolutionären Banden unter Befehl der reaktionären Regierungen, die der auferstandenen Arbeiterklasse mit weißem Terror entgegneten, nicht mit verschiedenen Mitteln versucht hätten, die Delegierten vor dem Erreichen Moskaus zu hindern

Im Endeffekt konnten sie weder die Gründung der kommunistischen Internationale verhindern noch die damals - abgesehen von Russland - neue, kleine und wirkungsschwache kommunistische Parteienfamilie davon abhalten, eine grundsätzlich bestimmende Funktion im Klassenkampf einzunehmen.

Die Komintern bestritt bis zum Ende im Jahr 1943 einen aufwändigen Kampf und verzeichnete große Erfolge. Gleichzeitig wurde man aber Zeuge von Niederlagen, mit tragischen Folgen für die Komintern und die Mitgliedsparteien. Gewiss kann all das auch für alle der Komintern folgenden Phasen unserer gemeinsamen Geschichte gesagt werden. Heute erkennen wir mit großem Stolz diese Geschichte mit all ihren richtigen und falschen Momenten an, und grüßen zunächst alle unsere militanten GenossenInnen, vor allem die, die in diesem Kampf ihr Leben gaben.

Während der Gründungszeit der Komintern war die Mehrheit der Überzeugung, der Kapitalismus zähle die letzten Tage. Sogar diejenigen die vorsichtiger waren, hätten nie gedacht, dass der Kapitalismus als eine Weltordnung in hundert Jahren weiter bestehen würde. Wir, diejenigen, die denen folgen, die im Jahr 1919 den Willen zeigten, die Weltpartei zu gründen, betrachten die Vergangenheit mit dem standhaften Glauben an die Besiegbarkeit der Bourgeoisie und stellen uns die Frage „Warum es so lange dauert, warum der Sieg sich verspätet“. Diese Frage unterscheidet sich von der Frage „Wo liegen die Fehler?“. Wir wissen inzwischen aus langjähriger Erfahrung, dass es den Boden zur Verleugnung, sogar zum Verrat bereitet und deren Vorwände produziert, wenn die Frage „Welche Fehler haben wir gemacht?“, bei einer historischen Bewertung zentral behandelt wird.



Es ist sicher eine unserer wichtigen Aufgaben, den Fehlern aus der Vergangenheit und auch denen, die wir gemacht haben, ins Auge zu blicken. Jedoch ist die vorrangige Erfordernis, dass wir jede unserer Beurteilungen mit der Zielfrage „Wie können wir es schaffen?“ verknüpfen. Beispielsweise sind die Gründe der Niederlage der Sowjetunion unheimlich wichtig. Doch die Niederlage darf keinen Schatten auf die Oktoberrevolution 1917 und die darauffolgenden Errungenschaften der sozialistischen Gründungsphase werfen.

Wir können unsere Fehler aufspüren, wenn wir uns bewusst werden, dass die erfolgreichen Momente mit den erfolglosen Momenten im Gesamtprozess in einem dialektischen Verhältnis zueinanderstehen, und wenn wir in Betracht ziehen, dass die Feststellung der Unterschiede zwischen objektiven Verhältnissen sogar Zwangsläufigkeiten von den subjektiven Fehlern teilweise schwierig sein wird. Wenn wir es auf diese Weise angehen, beängstigt uns die Vergangenheit nicht mehr und so müssen wir nicht – wie es manch einer tut – beschämt sein und sie verleugnen. Wenn im 20. Jahrhundert die Arbeiterklasse in einigen Ländern an die Macht kommen konnte, so wird im 21. Jahrhundert diese Zahl steigen. Wir schauen in die Vergangenheit, während wir uns fragen, wie wir diesem Anspruch gerecht werden können, um unsere Lehren für genau dieses Ziel zu ziehen.

Denjenigen, die jahrelang zur Beantwortung der Frage „Wo haben wir Fehler gemacht?“ den Kopf zermarterten und infolge dessen sich in den verdorbenen Reihen der Sozialdemokratie wiederfanden, sagen wir eins: Wir werden auf dem Weg zur Revolution unsere eigenen Fehler korrigieren und überwinden. Doch der Kapitalismus kann nicht korrigiert werden. Der Kapitalismus ist schon längst ein historischer Fehler für die Menschheit, eine Anomalie, ein Auswuchs, eine Abnormität. Die Entschlossenheit von vor hundert Jahren, den Kapitalismus niederzumachen, hat sich bis heute nicht geändert: Der Kapitalismus wird zerfallen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir werden uns in den zwei Tagen mit wichtigen Phasen unserer gemeinsamen Geschichte auseinandersetzen. Was wir hier brauchen, ist ein furchtloser und kreativer Diskurs. Es ist eindeutig, dass die Phasen und Ereignisse, mit denen wir uns auseinandersetzen möchten, so komplexe Dynamiken aufweisen können, dass sie in keine Raster passen werden. Die

unfehlbaren Grundsätze des Marxismus-Leninismus, mit denen wir historische Ereignisse angehen, und unsere Grundmotivation werden uns verhelfen, den Weg nicht zu verlieren: Im Kampf für den Kommunismus werden wir jede Gelegenheit maximal nutzen.

Wenn Ihr gestattet, möchte ich als Gastgeberpartei auf Momente aus der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegungen zurückblicken und einige unserer Schlussfolgerungen mit euch teilen:

1. Das Zentrum der internationalen Arbeiterbewegungen hat sich von 1848 bis 1917 zwei Mal verschoben. Während von 1848 bis 1871 die Arbeiterbewegung in Frankreich im Vordergrund stand, trat mit dem Zusammenbruch der Pariser Kommune die Arbeiterbewegung in Deutschland und die Sozialdemokratie hervor, die in der Arbeiterbewegung eine unbestreitbare führende Position einnahmen. Beginn der negativen Folgen der Autorität der Sozialdemokratie in Deutschland kann nicht der große Verrat von 1914 sein, als einige der größeren sozialdemokratischen Parteien sich mit ihren Regierungen für den Krieg verbündeten. Mit der Oktoberrevolution im Jahr 1917 verschob sich das Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung nach Russland und dies brachte nicht nur ein berechtigtes Ansehen und eine Autorität für eine Arbeiterklasse hervor, die ihre Revolution realisiert hatte. Die Oktoberrevolution sollte auch, als ein Bruch mit den vielseitigen Tendenzen des Reformismus und der Verdorbenheit in der internationalen Arbeiterbewegung, die bereits vor 1914 begannen, verstanden werden.

2. Wir wissen, dass Lenin und die anderen Bolschewiken, die zum Ende von 1918 hin eine neue Vorstellung von der Internationale entwickelten, und was die Verbreitung der Revolution in Europa und auch in anderen Regionen anging, positiv gestimmt waren. Grund dieser positiven Auffassung waren Umstände wie die enorme Unzufriedenheit in den kapitalistischen Ländern und die Auswirkung dieser auf die Arbeiterbewegungen, die Verbreitung von revolutionären Ideen unter den Soldaten vieler Länder, die mit dem Krieg anstatt gelöst zu werden vertieften Widersprüchlichkeiten unter den imperialistischen Ländern, die in jedem einzelnen Land entstandenen Führungskrisen des Kapitals, die in der kolonialisierten Welt sich verbreitenden nationalen Befreiungskämpfe, in denen vor allem der britische Imperialismus herrschte. Das war alles Realität und von dieser ausgehend zu handeln war keineswegs eine Verträumtheit, sondern eine revolutionäre

Verantwortung. Doch das Problem war, dass die Arbeiterklasse in vielen kapitalistischen Ländern unter dem Einfluss der Sozialdemokratie stand, die sich immer mehr zu bürgerlichen Ordnungsparteien umwandelten. Zudem waren die Kommunisten unter den werktätigen Massen in der Minderheit.

3. Die Kommunistische Internationale wurde im Jahr 1919 mit sehr begrenzten Ressourcen gegründet. Wenn zudem die erwähnten Umstände mitgedacht werden, wäre es zu kurz, das Hauptziel der Gründung als „mit Hilfe einer Weltpartei, die Revolution der Welt vorantreiben und zentral koordinieren“, zu formulieren. Denn zu Beginn des Jahres 1919 waren die kommunistischen Parteien nicht reif und stark genug, um koordiniert zu werden. In diesem Sinne kann die Gründung der III. Internationale auch eindeutig als Reaktion auf die Wirkung der Sozialdemokratie verstanden werden. Lenin betonte unzählige Male, dass diese Auswirkungen das grundsätzliche Hindernis der Revolution in Deutschland und ähnlichen Ländern sind. Es ist eindeutig, warum wir auch heute das Gründungsmotiv der kommunistischen Internationale, den Kampf gegen die Sozialdemokratie, besonders betonen: Mit der „Sozialdemokratie“ sind wir in unterschiedlichen Formen und Benennungen auch heute konfrontiert. Doch die Tatsache, dass ein Bündnis mit dieser für die Arbeiterbewegung heute immer noch nicht zur Debatte stehen kann und dies immer noch eines der großen Schwierigkeiten im Kampf um die Revolution ist, wird vernachlässigt. Jedoch ist wiederholt zu unterstreichen, dass die Gründung der Kommunistischen Internationale die Ankündigung eines ideologischen sowie politischen Kriegs gegen die Sozialdemokratie war. Dass später aus taktischen Dringlichkeiten heraus in diesem Krieg manche Rückschritte getan wurden, ändert nichts an dieser Tatsache.

4. In diesem Zusammenhang liegt der Grund des Versagens der Arbeiterklasse bei der Ergreifung bzw. Fortführung der Macht vor allem in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern nicht in der Stärke der Konterrevolution, sondern entsteht durch die Dienste der Sozialdemokratie für die Konterrevolution. Diese seit Jahren vernachlässigte und vertuschte Tatsache muss wieder sichtbar gemacht werden.

5. Ab dem Jahr 1920 ist zu beobachten, dass die kommunistischen Parteien immer mehr an Wirkung gewinnen, aber zugleich stehen die Arbeitermassen in Europa offensichtlich nach wie vor unter dem Einfluss der

Sozialdemokratie. Daher hat die Auffassung, dass die Revolution weder so einfach noch so schnell wie gedacht sich verbreiten kann, gepaart mit dem verstärkten Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde zum Schutz des Sowjetrusslands, die kommunistische Internationale bereits im zweiten Jahr ihrer Gründung vor zwei teils schwer vereinbare Herausforderungen gestellt: Die revolutionäre Welle in Europa möglichst wahrnehmen und zunächst in einem Land den Sozialismus schützen. Solange die Spannung zwischen diesen nicht begriffen wird, können auch angefangen von Lenins „Der linke Radikalismus“ über die Debatten beim zweiten Kongress der Komintern, die Position zu den nationalen Befreiungskämpfen bis hin zu den Einheitsfronttaktiken gegen den Faschismus nicht verstanden werden. Zwangsläufige Rückschritte aus einer Phase, in der das Bedürfnis ausschlaggebend war, die Gründung und Verteidigung des Sozialismus in einem Land zu stärken, dürfen sich als strategische Prinzipien nicht etablieren. Außerdem ist es taktlos, das Bemühen und Ausprobieren der Machtergreifung der Arbeiterklasse in Zeiten des Aufschwungs der revolutionären Welle als „abenteuerlich“ abzustempeln. Es darf auch nicht angezweifelt werden, dass die zwischen 1919 und 1923 in vielen europäischen Ländern geführten bitteren Kämpfe die Machtergreifung zum Ziel hatten. Zu hinterfragen sind die Dürftigkeit der Vorbereitungen, strategische Fehler in der Führung oder der Wille, einen „frühen“ Schlag ausführen zu wollen, ohne die gegebenen Machtverhältnisse durchdacht zu haben.

6. Betrachtet man diese Fehler etwas näher, so stellt man bereits auf den ersten Blick die Rolle der Persönlichkeiten fest, die später aus der Bolschewistischen Partei ausgeschlossen wurden. Es braucht fern von Heroismus eine offene Auseinandersetzung mit den Widersprüchlichkeiten und Fehlern von Zinovyev und Radek, die bekannt sind durch ihre Rolle bei der Gründung der Kommunistischen Internationale; von Trotzki, der als Volkskommissar für Kriegswesen an der Spitze der Roten Armee stand, aber auch einen ausgeprägten Kontakt zu den Bewegungen in Europa hatte, von Tuchatschewski, der im Polen Krieg als Kommandeur der Westfront agierte, die als Überschneidungsmoment der Verbreitung der europäischen Revolution mit der Verteidigung der Sowjetunion angenommen werden kann. Die These, dass die Komintern eine von Personen gänzlich unabhängige, unverrückbare Linie hat, ist unergründbar. Jetzt, 100 Jahre später, müssen die im Namen der Kommunistischen Internationale begangenen Fehler offengelegt und aus

diesen Lehren gezogen werden, unabhängig davon, wem diese zuzuschreiben sind. Die Geschichtsschreibung unserer Bewegung darf nicht den Trotzlisten und Liberalen überlassen werden!

7. Eine nüchterne Bewertung unserer Geschichte fordert eine nähere Betrachtung der Tendenzen und Personen, die Teil der internationalen Arbeiterbewegung waren, aber in unterschiedlichen Epochen verurteilt wurden. Die Militanten unserer Parteien müssen die Werke derjenigen kennen, die zum Teil den revolutionären Kampf offensichtlich verrieten, zum Teil große Fehler begangen oder die bereits historisch abgelehnt wurden, da sie alle an den Debatten ihrer Zeit beteiligt waren. Sie müssen gegen die theoretischen und politischen Quellen des heute noch in unseren Reihen Wirkung zeigenden Reformismus und Liberalismus sensibilisiert werden. Nicht nur Lassalle, Bakunin, Bernstein, Kautsky, sondern auch Namen wie Korsch, Roy, Balabanova, Sultan-Galijew, Panakoek müssen Teil unserer innerparteilichen Bildung werden. Widersprüchlichkeiten bei Lukács, Gramsci und Rosa Luxemburg etwa müssen mutiger zum Ausdruck gebracht werden. Ansonsten kann der eigentliche Wert der Werke Marx', Engels, Lenins und Stalins in keinsten Weise verstanden werden.

8. Als letztes möchte ich im Lichte der Kommunistischen Internationale und der darauffolgenden Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung auf einige Schlussfolgerungen zu den Beziehungen der Kommunistischen Parteien eingehen. Der Beitrag der Kommunistischen Internationale und später der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, den sie für die internationalen kommunistischen Bewegungen und bei der Entstehung und Stärkung einzelner Parteien leisteten, darf nicht unterschätzt werden. Gleichwohl zeigen uns die Erfahrungen aus den 100 Jahren auch, dass Themen wie die Selbstständigkeit der kommunistischen Parteien, die Souveränität in der Organisation, das Recht auf und die Verantwortung für einen Klassenkampf mit eigenen Ressourcen, mehr beachtet werden sollten. Dies verdrängt das Bedürfnis nach Solidarität, Unterstützung und Koordination zwischen den Parteien nicht, ganz im Gegenteil, es macht es notwendiger. Damit das Fassen von strategischen und taktischen Entscheidungen einer Partei auch ihr überlassen wird und damit dies zu einem grundsätzlichen Prinzip werden kann, braucht es im zwischenparteilichen Austausch eine offene, aufrichtige Kritik- und Diskussionskultur. Eine

kommunistische Partei kann Aufgrund der Souveränität ihrer Entscheidungsprozesse anderen Parteien nicht verbieten, ihre Positionen und ihren Kampf zu beobachten und zu bewerten. Jedoch ist es wichtig, folgendes dabei zu beachten: Es darf keine absolute Autorität entstehen, die über der Handlung der Mitglieder einer Partei steht, welche die Verantwortung für die Organisation und das Politische in einem Land tragen. Diesem Gedanken sollte auch in der Zukunft Beachtung geschenkt werden, wenn die kommunistischen Parteien erneut beschließen sollten, ein Forum der Internationale zu entwickeln, um dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

(...) unser Wahlspruch ist einer von vor 17 Jahren: „Paranın saltanatı varsa halkın TKP’si var“ – „Geld hat die Herrschaft, das Volk die TKP“. Dieses wird begleitet von „Aynı gemide değiliz!“ – „Wir sitzen nicht im selben Boot!“

Und ja, wir sitzen nicht im selben Boot!

Wir sitzen nicht im selben Boot mit den Ausbeutern, dem internationalen Kapital, den imperialistischen Zentren, den Nationalisten, den Rassisten, den Reaktionären und auch nicht mit den Liberalen.

Milliarden von Menschen in der Welt sind in deren Boot dem Hunger, der Armut und der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Deren Boot wird untergehen! Wir werden dafür sorgen! Das Boot der Unterdrückten wird sich auf den Weg machen in eine Welt ohne Klassen und Ausbeutung.

Dies sprechen wir in unerschütterlicher Überzeugung und Selbstvertrauen beim hundertsten Jubiläum der Kommunistischen Internationale sicher aus!

Ich wünsche, liebe Genossinnen und Genossen, uns allen das Beste auf diesem Weg

## **Partei der Arbeit Österreichs: Beitrag beim Online-Plenum der Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas am 13.12.2020 (Auszüge)**

(...) Genossinnen und Genossen! In unseren Beiträgen beim letzten Online-Treffen der ECI im Mai sowie in der Online-Sonderausgabe des Internationalen Bulletins hatten wir die Gelegenheit, einige Informationen über unsere Parteiarbeit anzubieten und unsere Analyse der kapitalistischen Krise, des Zustands des Gesundheitssystems sowie der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze darzustellen. Deshalb möchten wir uns heute auf unsere Erfahrungen in Bezug auf die Parteiorganisation und ihre Bereitschaft, unter sich schnell ändernden Bedingungen zu handeln, konzentrieren. Auch wenn die Bedingungen in jedem Land und in jeder Partei unterschiedlich sind, glauben wir, dass unsere Erfahrungen und Schlussfolgerungen für andere Parteien in einer ähnlichen Situation von Interesse sein könnten.

Die wichtigste Schlussfolgerung, die wir aus unseren jüngsten Erfahrungen ziehen, betrifft die Bedeutung und die Bedingungen, ideologisch und organisatorisch auf alle Umstände vorbereitet zu sein, bevor sie eintreten. In unserem Fall war es von großer Wichtigkeit und ein Glücksfall, dass wir unseren 4. Parteitag Ende 2019 abhielten, also einige Monate bevor die Pandemie Europa erreichte. Auch wenn der Kongress die kommende Pandemie unmöglich vorhersehen konnte, so schuf die notwendige Klärung unserer Positionen, unserer ideologischen Ausrichtung und unserer praktischen Herangehensweise sowie die organisatorischen Maßnahmen, die der Parteitag beschloss, einen günstigen Rahmen und die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass der neue Parteivorstand und die Parteiorganisationen in der Lage waren, sich auf die neue Situation einzustellen und die politische Arbeit trotz bestehender Defizite fortzusetzen und in einigen Fällen sogar zu verbessern. Natürlich war dies das Produkt eines längeren Prozesses und nicht nur das Ergebnis eines einzelnen Parteitages. Es war keineswegs ein Bruch mit dem bisherigen Weg. Die schrittweisen Erfolge, aber auch Rückschläge seit der Gründung 2013 trugen zur Reifung unserer Partei bei.

Konkret hat der 4. Parteitag durch seine Beschlüsse und Resolutionen die PdA für die veränderten Bedingungen gewappnet, indem er

1. ihr klares Bekenntnis zur revolutionären Strategie und zu marxistisch-leninistischen Theorieprinzipien bekräftigt hat;
2. ihre Solidarität und geschwisterlichen Beziehungen mit den revolutionären kommunistischen Parteien rund um den Globus sowie ihre internationalistische und antiimperialistische Haltung in Abgrenzung zu unklaren Vorstellungen und prinzipienlosen Bündnissen, die zur Unterstützung imperialistischer Pläne führen, bekräftigt hat;
3. eine konsequente Ausrichtung auf die Arbeiterklasse, ihre Organisation und ihren Kampf forcierte;
4. die Annahme einer allgemeinen praktischen Orientierung unter der Losung der Bildung einer kämpferischen Arbeiterfront und die Initiierung der weiteren Ausarbeitung von Methoden einer klassenorientierten Gewerkschaftsorganisation ermöglichte;
5. ihr Bekenntnis zu einer klaren antiimperialistischen Linie in Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiterklasse verstärkt hat, was den Fehler einer Parteinahme für irgendwelche imperialistischen Kräfte vermeidet;
6. den Weg für die Stärkung und Reorganisation der Parteistrukturen ebnet und eine größere organisatorische Flexibilität ermöglicht, wobei die Bildung von Parteizellen unter bestimmten Bedingungen vorgesehen wird;
7. die notwendigen Statutanpassungen vornahm, um die Parteidisziplin und -einheit zu stärken;
8. die Verbesserung der Medienpräsenz der Partei in Angriff nahm, die Etablierung der „Zeitung der Arbeit“ als Zentralorgan des PV in gedruckter Form, aber – unter den heutigen Bedingungen besonders wichtig – auch die Einführung einer tagesaktuellen Online-Version davon;
9. die relative Professionalisierung der Arbeit des Parteivorstandes und seiner Kommissionen fördert, auch wenn man sich keine professionellen Kader leisten kann;
10. einen neuen Parteivorstand mit starker ideologischer Einheit wählte, der kollektiv arbeitet und die Partei führt, als Voraussetzung für die Umsetzung der Beschlüsse und die Befolgung der vom Parteitag beschlossenen Ziele und programmatischen Positionen.

Diese kleinen, aber wichtigen Schritte haben die Partei davor bewahrt, von den Ereignissen mitgerissen zu werden. Als Partei haben wir noch einen langen Weg vor uns, sowohl organisatorisch als auch ideologisch. Doch



während andere Kräfte – unseren standhaften Kurs kritisierend – hinter der Sozialdemokratie her geschleift wurden, reformistische Forderungen unterstützten, den Neoliberalismus kritisierten und andere Formen des kapitalistischen Managements beschönigten, blind von der Bourgeoisie installierten „Bewegungen“ folgten, direkt oder indirekt einen „grünen“ kapitalistischen Wiederaufbau unterstützten, sich mit opportunistischen, liberalen und reaktionären Kräften verbündeten, hat die PdA eine feste Position für die wahren Interessen der Arbeiter, gegen imperialistische Interventionen, ethnische und religiöse Segregation, für proletarischen Internationalismus gehalten. Während andere Kräfte hoffen, die Politik der Gewerkschaftsführung und -bürokratie mit „Druck von unten“ zu ändern, fordert unsere Partei einen klaren Bruch mit ihrer korrupten Politik und eine Wiederbelebung der Arbeiterbewegung auf Klassenbasis. (...)

### ***Frank Flegel: Der Revisionismus wird nicht müde. Also nochmal: Sozialismus - Planwirtschaft oder „Marktwirtschaft“?***

**Die „Marxistischen Blätter“ (DKP) haben ein neues Heft herausgebracht: „China, Vietnam, Cuba, Chile..., Wege des Sozialismus“. In der „jungen Welt“ erschien am 16.11. dieses Jahres eine Besprechung des Heftes von Arnold Schölzel.**

Diese war sehr bemerkenswert, deshalb soll hier näher darauf eingegangen werden.

Zu Beginn kurz einige Auszüge aus dem Editorial des Heftes und ein paar Bemerkungen dazu. „...Klaus Wagener lotet in seinem einleitenden Beitrag »Chancen einer sozialistischen Renaissance« aus. Sein Fazit: diese stehen »durch die Volksrepublik China gar nicht so schlecht«, wenn's friedlich bleibt. ... Auch in Vietnam, Cuba und anderen Ländern wird nicht nur theoretisch über Sozialismus nachgedacht, sondern – das zeigen die Beiträge von Nhi Le (Ex-Chefredakteur der Theorie-Zeitung der KP Vietnam) und von José Luis Rodriguez (Ex-Wirtschaftsminister Kubas) – er wird dort unter kompliziertesten Bedingungen praktisch entwickelt. ... Deshalb also der Heft-Titel »Wege des Sozialismus«: Wege im Plural (weil es nicht nur einen Weg zum Ziel gibt) und als Titelbild ein Labyrinth (weil Umwege inbegriffen und –

*wie wir alle wissen – Sackgassen und Niederlagen nicht auszuschließen sind<sup>1)</sup>.“<sup>2</sup>*

Man postuliert im Editorial also unterschiedliche Wege des Sozialismus und stellt diese auf dem Cover als ein Labyrinth dar. Das macht schon einiges klar. Hatten nicht Marx und Engels das Labyrinth entwirrt und einen klaren Weg wissenschaftlich erarbeitet, dessen Richtigkeit das Sowjetvolk unter der Führung der Partei Lenins und Stalins in der Sowjetunion in der Praxis bewiesen hat? Bei den Marxistischen Blättern ist man da offensichtlich anderer Ansicht. Und man gibt sich ausgesprochen pluralistisch. Da wird von einer „*solidarischen inhaltlichen Debatte*“ gesprochen und von „*viel Diskussionsstoff, mit dem wir das Nachdenken über eine Welt jenseits des vorherrschenden Kapitalismus befördern wollen.*“<sup>3</sup> Allerdings hört der Pluralismus bei der Auswahl des Besprochenen schon auf: bei der Sowjetunion und der Volksrepublik Korea. Es gibt in diesem Heft der „Marxistischen Blätter“ niemanden, der sich um die dortigen Erfahrungen mit der Planwirtschaft kümmert. Stattdessen heißt es dazu stets nur „administrativer Zwang“<sup>4</sup>, „das während der stalinschen Periode etablierte zentralisierte Planungsmodell“<sup>5</sup>, das man nach Stalins Tod nun aufzugeben vorschlug usw. Die DDR kommt auch vor: „*Tatsächlich scheiterten die Versuche der Kompromisse zwischen zentralisierter Planung und Markt nicht aus ökonomischen Gründen: Sie wurden in der Folge einfach nicht umgesetzt, sondern bereits in den 1970er Jahren vor allem aus politischen Gründen aufgegeben oder abgelehnt*<sup>6</sup> (z.B. ging in der DDR die theoretische

---

<sup>1</sup> „Labyrinth im weiteren Sinne: ein System mit Verzweigungen, das Sackgassen oder geschlossene Schleifen enthalten kann. Diese Art Labyrinth wird auch Irrgarten genannt.“ (wikipedia)

<sup>2</sup> Neue Impulse Verlag: Marxistische Blätter, „China, Vietnam, Cuba, Chile..., Wege des Sozialismus“, erschienen am 8.11.2020, S. 28

<sup>3</sup> Ebenda

<sup>4</sup> Ebenda, S. 43

<sup>5</sup> Ebenda, S. 55

<sup>6</sup> Fußnote des Verfassers Vladimiro Giacché: Siehe U.J.Heuer, ‚Ist demokratischer Sozialismus möglich?‘ in: ‚Ich habe einige Dogmen angetastet. Werk und Wirken von Fritz Behrens‘ (siehe zu Fritz Behrens auch Fußnote 17), Beiträge zum Vierten Walter-Markow-Kolloquiums, Rosa-Luxemburg-Stiftung 1999, S. 118f.

*Anerkennung der Bedeutung der Ware-Geld-Beziehung im Sozialismus nicht einmal mit einer teilweisen Preisbestimmung über den Markt einher, und das NÖS-Experiment Ulbrichts wurde schließlich eingestellt.“<sup>7</sup>*

Karl Marx und Friedrich Engels, die den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt haben, finden zum Programm des Sozialismus klare und eindeutige Worte: „...das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die andern beruht. In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: *Aufhebung des Privateigentums*, zusammenfassen. ... Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“<sup>8</sup> „...alle Produktion (wird) in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert“. Sozialismus ist hier also nicht eine gemischte Wirtschaft mit unterschiedlichen Eigentumsformen und auch nicht eine „sozialistische Marktwirtschaft“, sondern eine Produktion „nach einem gemeinschaftlichen Plan“ (Marx und Engels).

Man kann bereits hier feststellen, dass es den Marxistischen Blättern mehr um marktwirtschaftliche Experimente denn um den wissenschaftlichen Sozialismus geht.

Nun aber zu der Besprechung des DKP-Hefes in der „jungen Welt“ durch Arnold Schölzel. Drei sehr wichtige Themenkreise werden hier einer anscheinend neuen, tatsächlich aber uralten Sichtweise zugeführt: Der dialektische Materialismus, der Ursprung und die Auswirkung der Warenproduktion und die internationale Gültigkeit sowohl unserer theoretischen Grundlagen als auch des Sozialismus.

---

<sup>7</sup> Vladimiro Giacché, Sozialismus und Ende der Warenproduktion in Friedrich Engels Anti-Dühring. Ein Text und seine Rezeption, in: „China, Vietnam, Cuba, Chile..., Wege des Sozialismus“, S. 58

<sup>8</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei

Zunächst geht es an die Grundlagen des dialektischen Materialismus. Dazu einige Zitate aus Arnold Schölzels Artikel. Schölzel selbst: In der „hiesigen linken Debatte zum Thema“ (China, d.Red.)... „herrscht oft eine einseitige Analyse ökonomischer Fragen getrennt von Untersuchungen des Charakters von Staat und Partei vor“<sup>9</sup>. Beate Landefeld „betont mit Blick auf Kritiker der ökonomischen `Politik der Öffnung und Reform“<sup>10</sup> in China, Politik sei `heute noch weniger als früher der bloße, unmittelbare Ausfluss der Ökonomie`.“<sup>11</sup> Und Domenico Losurdo wird assistierend mit den Worten zitiert, dass es „nach Gründung der Volksrepublik (China, d.Red.) darum gegangen (sei), `zwischen ökonomischer Expropriation und politischer Expropriation der Bourgeoisie zu unterscheiden`. Nur letztere müsse strikt durchgeführt werden.“<sup>12</sup>

Nachdem nun die Behauptung im Raum steht, dass der Staat keine oder nur eine sehr schwache Bindung an die Ökonomie einer Gesellschaft habe, dem entsprechend auch nicht zwangsläufig die Interessen der ökonomisch herrschenden Klasse verkörpern müsse, eben nicht ein bloßer, unmittelbarer „Ausfluss der Ökonomie“ sei und es nicht notwendig sei, die „ökonomische Expropriation der Bourgeoisie“<sup>13</sup> durchzuführen, um „alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren“<sup>14</sup>, was Marx und Engels ja noch dachten (was aber inzwischen gelehrt wird), können wir uns ansehen, was zur Warenproduktion gesagt wird.

Arnold Schölzel dazu: „Giacché<sup>15</sup> plädiert dafür, das Verhältnis von Sozialismus und Warenproduktion angesichts der `Geschichte der

---

<sup>9</sup> Arnold Schölzel, „Spezifische Dialektik“, in: junge Welt, 16. 11. 2010

<sup>10</sup> Zur Zeichenerklärung: Mit Doppelanführungsstrichen („...“) sind alle Zitate gekennzeichnet. Da, wo Arnold Schölzel Autoren des besprochenen Heftes zitiert, verwenden wir zur Unterscheidung innerhalb eines Zitates einfache Anführungsstriche (‘...’).

<sup>11</sup> Arnold Schölzel, „Spezifische Dialektik“, a.a.O.

<sup>12</sup> ebenda

<sup>13</sup> ebenda

<sup>14</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei

<sup>15</sup> Vladimiro Giacché, Ökonom und Philosoph aus Italien, war von 2008-2016 Sekretär des Aufsichtsrats der Finanzgruppe Sator, von 2013 bis 2020 Präsident des

*postrevolutionären Gesellschaften des 20. Jahrhunderts´ neu zu formulieren und zitiert den DDR-Ökonomen Fritz Behrens<sup>16</sup>: `Das grundlegende Kriterium einer sozialistischen Produktionsweise ... ist nicht die Aufhebung der Warenproduktion, sondern die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft.´“<sup>17</sup>*

Eine absurdere Begründung für die Beibehaltung der Warenproduktion im Sozialismus habe ich noch nie gelesen. Also zurück zum Dorfschmied? Denn die Beibehaltung der Warenproduktion bei Nichtvorhandensein des Warencharakters der Arbeitskraft geht nur in einer Gesellschaft der warenproduzierenden Einzelpersonen. Eine solche Gesellschaft gab es zwar nie, aber sie mag im Kopf mancher Revisionisten als Ideal herumspuken. Schon Marx und Engels haben diese Vorstellung als „kleinbürgerlichen Sozialismus“ verurteilt.

Zunächst die Dialektik. Wieder Arnold Schölzel: *„Die spezifische Dialektik von Ökonomie und Politik in China steht dagegen im Mittelpunkt mehrerer Beiträge“<sup>18</sup>. Spezifische Dialektik?* Schölzel behauptet hier tatsächlich, dass es eine eigene, eben „spezifische“, also andere Dialektik der chinesischen Gesellschaft gäbe als im Rest der Welt, womit er alle Ausführungen von Marx und Engels über die Frage von Sein und Bewusstsein, Ökonomie und Staat, Ökonomie und Gesellschaft, also Recht, Bildung, Kultur, Moral usw. revidiert. Das ist jetzt nicht mehr nur die Axt an den Grundlagen des Materialismus, das ist die Zertrümmerung unserer Erkenntnisgrundlagen.

---

Centro Europa Ricerche, Zentrum für angewandte Wirtschaftsanalyse und seit 2020 ist er für Studien und strategisches Marketing bei der Banca del Fucino tätig, der Muttergesellschaft der Igea Banca Bankengruppe.

<sup>16</sup> Fritz Behrens war stellvertretender Vorsitzender der staatlichen Plankommission der DDR, 1957 wurde allen Staatsämtern enthoben wegen des Vorwurfs des Revisionismus, seitdem war er Arbeitsgruppenleiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR und wurde 1968 wegen weiterer revisionistischer Vorschläge vorzeitig emeritiert. Danach arbeitete er an Konzepten für Pluralismus und Selbstverwaltung im Sozialismus.

<sup>17</sup> Arnold Schölzel, „Spezifische Dialektik“, a.a.O.

<sup>18</sup> Ebenda

Und nun zum Internationalismus, der im genannten Artikel nicht im Sinne internationaler Solidarität gemeint ist - das hier nur zur Klärung des Sachverhaltes - sondern im Sinne der Allgemeingültigkeit unserer theoretischen Grundlagen und Schlussfolgerungen. Losurdo wird zitiert: „Domenico Losurdo, aus dessen Schrift *Flucht aus der Geschichte*<sup>19</sup> ein Auszug abgedruckt wird, zeigte vor 20 Jahren die Spezifik des Marxismus in der KP Chinas, als er festhielt: *Der Universalismus oder der abstrakte Internationalismus ... scheint im chinesischen Kommunismus nie Fuß gefasst zu haben*“<sup>20</sup> „Spezifik des Marxismus in der KP Chinas“! Was soll ein spezifischer Marxismus sein? Die kommunistische Weltbewegung war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fest davon überzeugt, dass Sozialismus bedeutet, gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln herzustellen, eine verbindliche gesamtgesellschaftliche Planung einzuführen und im Fortgang des Sozialismus u.a. dadurch, dass die Produktionsmittel staatlich verteilt werden und nicht in die Warenzirkulation kommen, zunächst das Wertgesetz zurückzudrängen und schließlich ganz zu überwinden. Das war bis auf ein paar Außenseiter und Quertreiber Konsens in der kommunistischen Weltbewegung und es war auch klar, dass das universal geltende Einsichten sind. Der Erfolg gab dieser Auffassung Recht. (Aufbau der Sowjetunion, Sieg im Zweiten Weltkrieg, sozialistisches Weltsystem.)

Ganz anders heute. Nachdem in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und zum Teil auch schon vorher die Abkehr von den eben

---

<sup>19</sup> Bei näherem Interesse siehe: Kurt Gossweiler: „Genosse Domenico Losurdos *Flucht aus der Geschichte*“ – Kritische Anmerkungen“ in: Kurt Gossweiler, „Wie konnte das geschehen?“, Bd. 2, 245-307, herausgegeben von der KPD, der Zeitschrift offen-siv, dem Deutschen Freidenker-Verband, der GRH und dem Eulenspiegel-Verlag. Kurt darin: „Zu dem Negativen rechne ich, dass die wichtigsten Ursachen der Niederlage von ihm überhaupt nicht benannt werden, dass dafür als Hauptursache des Scheiterns von ihm eine den Marxismus entstellende Konstruktion ins Feld geführt wird, die Konstruktion nämlich, die Unfähigkeit der Sowjetführer, sich von den falschen Kommunismus-Theorien von Marx und Engels zu lösen, habe letzten Endes zwangsläufig den Untergang der Sowjetunion herbeigeführt. ... Aus dieser Verwirrung können wir uns am besten dadurch befreien, dass wir die von Losurdo verworfene Losung wiederaufnehmen und erweitern: Zurück zu den Quellen, zu Marx und Lenin und ihrer konsequent historisch-materialistischen Geschichtsbetrachtung!“

<sup>20</sup> Arnold Schölzel, „Spezifische Dialektik“, a.a.O.

skizzierten Grundsätzen einen Teil der sozialistischen Länder Europas in einen Zustand versetzt hatte, in dem sie der Konterrevolution nichts mehr entgegenzusetzen hatten, herrscht große Verwirrung.

Die DKP propagiert in dem neuen Heft der „Marxistischen Blätter“, dass es nichts Allgemeingültiges - das wäre ja sowieso nur „abstrakter Internationalismus“ - gäbe. Weder der Materialismus noch die Dialektik, weder die Kapitalismusanalyse noch die daraus abgeleiteten Grundlagen des sozialistischen Aufbaus hätten epochale Gültigkeit, heißt das in der Konsequenz. Denn in China seien die Gesetze des Materialismus und der Dialektik, so wie wir sie kennen, nicht gültig. Das ist nicht nur eine „steile These“, das ist das Ende der wissenschaftlichen Weltanschauung.

Warum tut man so etwas? Der Anbetung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ muss alles weichen, was ihr im Wege steht. Und das ist insbesondere der Marxismus-Leninismus. Seine Einsichten und die historischen Erfahrungen der Aufbauphase des Sozialismus in der Sowjetunion widersprechen der These von der Notwendigkeit einer „sozialistischen Marktwirtschaft“. Also müssen die historischen Erfahrungen in der Sowjetunion und die aktuellen der VR Korea verschwiegen und die Grundlagen des Marxismus-Leninismus aus der Welt geschafft bzw. uminterpretiert werden. Dem entsprechend erfindet man dann eine „spezifische Dialektik“ und einen „spezifischen Marxismus“, die „Wege des Sozialismus“ werden zu einem Labyrinth verschwurbelt, und ich betone es hier nochmal: es geht nicht um die Wege zum Sozialismus (da gab es durchaus Unterschiede, also die klassische Revolution, Guerillabewegungen, antikoloniale Befreiungskriege) sondern um die Wege des Sozialismus, was bedeutet, dass es verschiedene „Sozialismen“ geben soll. Das Ziel steht bereits vor der Untersuchung fest: „sozialistische Marktwirtschaft“, und die Theorie wird dahingehend zurechtgebogen, dass sie auf dieses Resultat passt. Damit verliert sie ihren Charakter als Methode und Werkzeug der Welterkenntnis, eben die Wissenschaftlichkeit, und wird zu einer platten Legitimationsideologie.

Kritik wollen die Anhänger der „sozialistischen Marktwirtschaft“ aber nicht nur nicht hören, sondern wenn möglich auch unterdrücken. So endet Arnold Schölzels Besprechung des Heftes der Marxistischen Blätter mit einem Zitat

von Wolfram Adolphi<sup>21</sup>: „*Wolfram Adolphi zeigt unter dem Titel 'Chinas Weg – eine Menschheitsfrage' dass der Umgang mit der Geschichte und der heutigen Entwicklung Chinas auch eine Klassenfrage ist, in der 'Überlegenheitsdünkel und Besserwisserei' keinen Platz haben dürfen.*“<sup>22</sup> Und er fügt noch einen letzten Satz hinzu: „*Das Heft kann hoffentlich dazu beitragen, dass das endlich wahr wird.*“<sup>23</sup> Da ist dann plötzlich Schluss mit einer „*solidarischen inhaltlichen Debatte*“ und „*Diskussionsstoff, mit dem wir das Nachdenken ... befördern wollen*“, denn merke: Wer die Fundamente des Marxismus-Leninismus mit dem Presslufthammer durchlöchert, ist gut, solidarisch und denkt nach, wer aber ausspricht, was der da tut, dass er nämlich die Fundamente durchlöchert, der leidet unter „*Überlegenheitsdünkel und Besserwisserei*“. Und dem darf man natürlich keinesfalls zuhören...

Lasst es uns mit Kurt Gossweiler halten: „*Zurück zu den Quellen, zu Marx und Lenin und ihrer konsequent historisch-materialistischen Geschichtsbetrachtung!*“<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Wolfram Adolphi ist Mitglied der Partei Die Linke, arbeitet als Redakteur für die Zeitschrift „Utopie kreativ“, von November 2003 bis Oktober 2005 war er Mitarbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist seit 2005, wie auch schon 1999 bis 2002, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag für den Abgeordneten Roland Claus (Die Linke). Und er gehört zur Redaktion der Zeitschrift „Das Argument“. In Tagesmedien wie der Frankfurter Rundschau, der jungen Welt und der taz nahm und nimmt er zu politischen und zeitgeschichtlichen Themen Stellung.

<sup>22</sup> Arnold Schölzel, „Spezifische Dialektik“, a.a.O.

<sup>23</sup> ebenda

<sup>24</sup> Kurt Gossweiler, a.a.O., S. 304.



## ***Bob Oskar, Jona Textor und Nasrin Düll<sup>25</sup>, Kommunistische Organisation: Ein Beitrag zur Diskussion um die Bildungszeitung “Reaktionärer Staatsumbau” der DKP***

Mit großem Interesse verfolgen wir die Debatte, die die DKP-Bildungszeitung (BZ) zum „reaktionären Staatsumbau“ in der Partei und darüber hinaus angestoßen hat. Solche theoretischen Anstrengungen seitens der Kommunisten sind dringend nötig, wenn wir die historischen und aktuellen Ausprägungen des Faschismus und deren Beziehung zum Monopolkapital verstehen und die richtigen Schlussfolgerungen für die Praxis ziehen wollen. Die Fragen, die in der BZ aufgeworfen werden, sind sehr grundlegender Natur. Es geht um bürgerliche Herrschaft insgesamt, um ihre Instrumente und Mechanismen, um ein Verständnis von Faschismus und Antifaschismus, um die ökonomischen Grundlagen des Imperialismus und seine politische Ausgestaltung – und mit all dem untrennbar verwoben letztlich um die Frage der revolutionären Strategie. Zu diesen Fragen gibt es in der kommunistischen Bewegung in Deutschland und international derzeit keine ausreichende Klarheit. Auch nicht, wie die aktuelle Debatte zeigt, in den Reihen der DKP. Aus unserer Sicht verdeutlicht das einmal mehr die dringende Notwendigkeit eines kommunistischen Klärungsprozesses über die Strömungs- und Organisationsgrenzen hinaus.

Wie sollten wir als Kommunistinnen und Kommunisten mit unseren Differenzen umgehen? Wir denken, dass wir alle Unklarheiten offensiv angehen, sie offenlegen, explizit machen und gemeinsam an einer Klärung arbeiten sollten. Wir würden uns in diesem Sinne gerne konstruktiv an der laufenden Debatte beteiligen und hoffen, dass wir so schrittweise zu einem verstärkten und anhaltenden inhaltlichen Austausch gelangen können. In diesem Text wollen wir einige größere Kritikpunkte übersichtsartig darlegen. Voranstellen möchten wir aber auch, dass wir in der BZ natürlich viele Punkte sehen, die wir in Gänze oder zumindest im Ansatz für richtig halten: beispielsweise, wenn in der Vorbemerkung darauf hingewiesen wird, dass es

---

<sup>25</sup> Die Autoren arbeiten in der AG „Formen bürgerlicher Herrschaft“ der Kommunistischen Organisation mit.

wichtig ist, den Faschismus als Bewegung vom Faschismus an der Macht zu unterscheiden oder auch schon die provokante, aber zutreffende Feststellung der Überschrift, dass „Faschismus nicht von den Faschisten kommt“.

Auch wir haben auf viele der brennenden Probleme unserer Bewegung keine fertigen Antworten, warum wir im Folgenden auch nicht unsere Gegenargumente in den Vordergrund stellen, sondern vor allem das Bewusstsein für die zu klärenden theoretischen Fragen und Widersprüche schärfen wollen.

### **Integration und Gewalt: Zwei Seiten der bürgerlichen Herrschaft**

Zu der Frage, wie in kapitalistischen Gesellschaftsformationen die Herrschaft der Bourgeoisie abgesichert wird, wählt die Bildungszeitung den unser Ansicht nach richtigen Zugang, der bereits im Leitgedanken des Zitats von Reinhard Opitz dargestellt wird: *„In Klassengesellschaften (...) ist der Zusammenhang der Gesellschaft nur herstellbar entweder durch offene, direkten physischen Zwang ausübende herrschaftliche Gewalt oder durch auf falschem Bewußtsein beruhende subjektive Zustimmung der Beherrschten. Keine Klassengesellschaft kommt ohne ein bestimmtes Quantum an Gewalt aus, aber auch keine kommt auf die Dauer ohne auf falschem Bewußtsein beruhende Mehrheitszustimmung der Beherrschten aus“.*

Hier wird also unterschieden zwischen verschiedenen Momenten bürgerlicher Herrschaft. Mit dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci, an dessen Theorien die BZ offensichtlich angelehnt ist, auch wenn der Bezug nur indirekt durch ein Zitat von Hans Heinz Holz hergestellt wird, kann dieser Zustand auch als „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ bezeichnet werden (Gefängnishefte, H. 6, §88, S. 783). Folgt man also Opitz und Gramsci, so existieren in Klassengesellschaften immer notwendig beide Momente der Herrschaft, Integration und Gewalt, auch wenn sie durchaus unterschiedliches Gewicht haben können. Damit im Einklang sehen wir die Feststellung der Bildungszeitung, dass *„diese ‚Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion‘ nicht erst für die Zeit des Faschismus eingetreten ist, sondern dass sie auch dann bereits jeder monopolkapitalistischen Herrschaft zugrunde liegt, wenn diese sich noch im Rahmen einer bürgerlich-liberalen Ordnung mit Parlamentarismus und in der Form einer bürgerlichen Demokratie durchsetzt.“* (S.6)

Auch die AG Bürgerliche Herrschaft der Kommunistischen Organisation geht von diesen Grundannahmen aus (siehe: Bolschewiki, AG BH). Der besondere Wert dieses Ansatzes besteht aus unserer Sicht darin, dass er uns davor bewahren kann, bei der Analyse verschiedener Formen der bürgerlichen Herrschaft in ein Schwarz-Weiß-Denken zu verfallen, das die bürgerliche Demokratie einseitig mit sanfteren Mitteln der Integration und den Faschismus ausschließlich mit offenem Terror und Gewalt identifiziert. Tatsächlich stützen sich alle Formen der Klassendiktatur der Bourgeoisie immer auf ein Zusammenspiel beider Elemente. Selbst die liberalste bürgerliche Republik ist nicht vorstellbar ohne staatliche Repressions- und Überwachungsapparate, vom nicht minder brutalen „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx, Kapital 1, MEW 23, S. 765) einmal ganz abgesehen. Umgekehrt kommt selbst die offene terroristische Diktatur der Bourgeoisie nicht ohne bestimmte Integrationsmechanismen und gewisse materielle Zugeständnisse aus, man denke nur an den immensen Propagandaapparat der Nazis, die Bereicherung kleinbürgerlicher NSDAP-Funktionäre am enteigneten jüdischen Vermögen oder an die „Kraft durch Freude“-Programme, die sich auch an die Arbeiterklasse richteten.

Trotz dieser richtigen grundlegenden Einsicht verfällt der Text – zugegeben etwas subtil – im dritten Teil dann aber doch in genau dieses schematische Formeldenken nach dem Motto „bürgerliche Demokratie = Integration“ und „Faschismus = Zwang“, also die Vorstellung zweier qualitativ und trennscharf voneinander zu unterscheidender Herrschaftsformen. Beispielhaft sei hier eine Passage zitiert: *„Es können also Situationen eintreten, wo für ein als notwendig erachtetes Interesse des Monopolkapitals nicht mehr zuverlässig mit den Mitteln der Integration eine geschlossene Heimatfront gesichert werden kann. Und das ist dann in der Tat die Situation, wo die Monopolbourgeoisie regelmäßig ihr Wohlwollen verliert, mit dem sie bisher diese bürgerlich-demokratische Form ihrer Herrschaft betrachtet hat [...] Die Rechtsentwicklung setzt ein in dem Moment, wo die Integration aufhört, ausreichend wirksam zu sein“* (S. 12).

Provokativ gefragt: gibt es denn eine Situation, in der das Kapital seine Interessen einzig und allein auf dem Weg der ideologischen Integration durchsetzt, also durch die funktionale Übereinstimmung des Bewusstseins der Massen mit den Interessen des Kapitals? Stellt man sich auf den Standpunkt

der Verfasser der Bildungszeitung müsste man diese Frage bejahen – was wiederum im Widerspruch zum Eingangszitat von Opitz steht. Wenn man sie jedoch verneint, dann verliert der Begriff der Rechtsentwicklung erstens seinen Halt, kennt keinen Beginn mehr, wird mehr zu einer ständigen Tendenz als zu einer Entwicklung (in einem solchen Sinn als eine ständige Entwicklungstendenz kann man ihn natürlich auch verwenden). Historisch ist es entsprechend auch nicht möglich, den Beginn einer solchen Rechtsentwicklung genau zu datieren, weder in der Geschichte der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg noch in der Weimarer Republik. Zweitens aber wird diese Rechtsentwicklung dann auch zu einem Automatismus, zu einer Entwicklung, die unweigerlich einsetzt und sich steigert, wenn die passive und aktive Zustimmung der Massen zum Status Quo bröckelt. Natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Krisen der ideologischen Integration und Umgestaltungen der kapitalistischen Ordnung, das wollen wir gar nicht in Frage stellen – aber setzt die Rechtsentwicklung tatsächlich immer nur als Reaktion auf eine bröckelnde Integration ein? Kann sie durch die Bourgeoisie nicht auch präventiv oder zur Vorbereitung ihrer nächsten strategischen Schritte vorangetrieben werden? Welche Formen diese Umgestaltungen annehmen, wodurch sie jeweils ausgelöst und wie sie durchgesetzt werden ist aus unserer Sicht eine Frage, die sich nicht pauschal mit dem Scheitern der Integration beantworten lässt.

### **Die Rolle des Staates: Staat der Monopole oder ideeller Gesamtkapitalist?**

Die Rolle des Staates ist in der BZ, die ja immerhin den Namen „Reaktionärer Staatsumbau“ trägt, seltsam unterbelichtet. Der bürgerliche Staat wird in der Bildungszeitung zwar als das „wesentliche Instrument“ bezeichnet, mit dem „die Herrschenden den Beherrschten ihre Interessen aufzwingen können“ (S. 3). Abgesehen von diesen und ähnlichen allgemeinen Aussagen geht es dann aber kaum um den eigentlichen Staat. Die konkreten Beispiele der Integration, die in der BZ behandelt werden, stammen aus dem Bereich der Medien (als Institution zur Manipulation der Massen) und den Kapitalvereinigungen (als Katalysator einer Rechtsentwicklung, um trotz oben genannter Kritik diesen Begriff zu verwenden). Als Beispiele der Gewaltanwendung als Mittel der Herrschaftssicherung werden nicht Geheimdienste, Polizei und Militär behandelt, sondern nur faschistische Bewegungen. All diese Phänomene

lassen sich zwar unter einem sehr weit gefassten Staatsbegriff miteinbeziehen (etwa im Sinne von Gramscis „integralelem Staat“), dies ist aber nicht selbstverständlich und es wäre gut, das Verhältnis zwischen diesen verschiedenen Apparaten der bürgerlichen Herrschaft genauer darzustellen.

Außerdem wird der Staat mindestens an einer Stelle als dem Kapital äußerlich dargestellt, so heißt es auf Seite 5: „Die Kapitalistenklasse kann und muss diesen Staat damit direkter als zuvor den Interessen einzelner Monopolisten und Monopolfractionen unterordnen, während der Staat des Kapitalismus der freien Konkurrenz relativ unabhängiger vom Willen der einzelnen Kapitalisten war“. Der Staat ist aber, wie die Bildungszeitung selbst sagt, selbst die „organisierte Gewalt“ (S. 5), die „organisierte Gesamtmacht“ (MEW 18, S. 257) der Bourgeoisie, „der ideelle Gesamtkapitalist“ (MEW 20, S. 260). Der genaue Ausdruck spielt hier weniger eine Rolle, wesentlich ist aber, dass es sich bei Staat und Kapital aus unserer Sicht nie um zwei zunächst voneinander getrennte Sphären handeln kann, die erst nachträglich in ein Unterordnungsverhältnis gebracht werden. Oder, um es mit der Kritik von Marx am Gothaer Programm zu sagen: die bestehende Gesellschaft muss als Grundlage des bestehenden Staates verstanden werden, statt den Staat als ihr gegenüber selbstständig zu erachten (MEW 19, S. 28). Die Entwicklung vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus hat dementsprechend natürlich Spuren im Staat hinterlassen, zum reinen Transmissionsriemen der Monopole wird er aber nicht. Wir vermuten, dass die Autoren der Bildungszeitung in diesem Punkt auch im Allgemeinen zustimmen würden, ihre Darstellung bleibt trotzdem unscharf.

Es ist wichtig zu sehen und zu sagen, dass der bürgerliche Staat nie vollkommen unabhängig vom Kapital ist. Umgekehrt stellt die politische Sphäre jedoch eine besondere dar, die auch nicht deckungsgleich mit der ökonomischen ist und auch im Monopolkapitalismus nicht deckungsgleich wird. Die Frage, in welchem Ausmaß und in welchem Sinn der Staat eine relative Unabhängigkeit vom Kapital besitzt und inwiefern auch eine relative Verselbstständigung des Staatsapparates einsetzen kann, bleibt für uns daher eine zu klärende Frage. Wie werden die Interessen des Kapitals und seiner unterschiedlichen Teile vermittelt mit den Handlungen des Staates? Welche Rolle übernehmen dabei die Interessensverbände des Kapitals, die diversen staatlichen Institutionen, Thinktanks, Ausschüsse, Ministerien usw? Ein

tieferes und theoretisch fundiertes Verständnis gilt es an dieser Stelle zu entwickeln.

Die sich teilweise widersprechenden Formulierungen zum bürgerlichen Staat deuten aus unserer Sicht auf ein tieferliegendes Problem der marxistischen Staatstheorie hin. In der DKP-Tradition – auf die die Autoren der BZ sich überraschenderweise kaum explizit beziehen, was die Ursache für einen Großteil des derzeitigen Aufruhrs in der Partei sein dürfte – wird spätestens seit der Ausformulierung der Strategie der „antimonopolistischen Demokratie“ (seit dem Mannheimer Parteitag 1978 offizielles Programm) davon ausgegangen, dass der Staat einseitig von den Monopolen beherrscht wird und dass zwischen diesem „Staat der Monopole“ und der „kleinen und mittleren“ bzw. „nicht-monopolistischen“ Bourgeoisie ein Interessenwiderspruch besteht, da letztere von der Staatsmacht ausgeschlossen sind.

Wie lässt sich diese These aber mit einem Verständnis des Staats als ideellem Gesamtkapitalisten versöhnen? Wie hat sich der Staat beim Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus geändert? Hat er im Monopolkapitalismus aufgehört, Gesamtkapitalist zu sein? Ist er nicht mehr Ausdruck der Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse, sondern nur noch einer bestimmten Klassenfraktion? Gelingt es dieser Fraktion trotzdem, die gesamte Bourgeoisie zu einem „herrschenden Block“ zu integrieren oder ist sie so tief gespalten, dass die Strategie der Kommunisten an diesem Widerspruch innerhalb der herrschenden Klasse ansetzen kann? Oder ist der Staat etwa in der bürgerlichen Demokratie ideeller Gesamtkapitalist, im Faschismus aber die offene Diktatur einer einzelnen Kapitalfraktion? Welche Fraktionen der Bourgeoisie haben dann ein unmittelbares Interesse am Übergang zum Faschismus, welche nicht? Kommen also auch Teile der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums als Verbündete der Kommunisten im antifaschistischen Kampf in Frage? Darf sich der antifaschistische Klassenkampf demnach nur gegen eine bestimmte Kapitalfraktion richten, nicht gegen die Bourgeoisie und den Kapitalismus insgesamt? Wie ist das praktisch umsetzbar? (etc.)

Solange diese grundlegenden Fragen nach dem Klassencharakter des bürgerlichen Staats im Monopolkapitalismus theoretisch nicht geklärt sind, wird es den Kommunisten nicht nur nicht gelingen, auf der Höhe der Zeit eine marxistisch begründete Kampfstrategie gegen den Faschismus zu entwickeln,

sondern ihrer revolutionären Strategie und Taktik wird es insgesamt an der notwendigen Orientierung fehlen.

### **Die Integration der Arbeiterklasse: alles nur Ideologie?**

Wie kommt es dazu, dass die ökonomisch ausgebeuteten und politisch unterdrückten Teile der Gesellschaft eben dieser Gesellschaft dennoch ihre Zustimmung geben und damit auch ideologisch beherrscht werden? Dies ist eine zentrale Frage, der die BZ versucht auf den Grund zu gehen. Die Ausführungen zu ideologischem Schein, Lüge und Täuschung durch die Medien sind auch durchaus interessant, aber sie tragen zu einem theoretischen Verständnis leider nicht allzu viel bei. Wichtig wäre zum Beispiel gewesen, neben den Mechanismen der bewussten Manipulation auch stärker jene Formen der ideologischen Verschleierung darzustellen, die ihren Ursprung in den ökonomischen Verhältnissen selbst haben und sich auf dieser Grundlage ohne aktives Zutun der Herrschenden permanent selbst reproduzieren. In der marxistischen Ideologietheorie werden diese Ideologieformen als „notwendig falsches Bewusstsein“ oder „Fetisch“ analysiert.

Insgesamt läuft die BZ Gefahr, in das zu verfallen was Gramsci als ein „Übermaß an Ideologismus“ (Gefängnishefte, Heft 13, §17, S. 1557) kritisiert. Hegemonie oder eben Herrschaftssicherung durch Integration fußt unserer Ansicht nach immer auf einem Zusammenspiel von Ideologie, notwendig falschem Bewusstsein und materiellen Zugeständnissen der Herrschenden. Die Bestechung einer Schicht der Arbeiterklasse, die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie und damit die Entstehung einer materiellen Basis für den Opportunismus, wie sie schon von den Klassikern analysiert wurden (siehe etwa LW 22, S. 288f.), wird in der BZ überhaupt nicht behandelt. Materielle Zugeständnisse an größere Teile oder die gesamte Arbeiterklasse können in Zeiten akuter Integrationskrisen aber ein jederzeit wiederverschließbares Ventil darstellen, mit dem die Bourgeoisie die Beherrschten vorübergehend ruhigstellt und sich so die Zeit erkauft, die Gesellschaft neu zu ordnen, ohne ihre revolutionäre Umwälzung zu riskieren.

Die BZ kann natürlich keine umfassende Darstellung aller Facetten bürgerlicher Herrschaft bieten, es wäre aber wichtig gewesen, die Analyse der ideologischen Herrschaftsformen zumindest auf eine materialistische Basis zu stellen.

Um auch an dieser Stelle ein paar offene Fragen zu formulieren, die aus unserer Sicht wissenschaftlich bearbeitet werden müssen: Mit welchen konkreten Mitteln der ideologischen Integration und der materiellen Zugeständnisse gelingt es den Monopolkapitalisten heute auch die „kleine und mittlere“ Bourgeoisie in ihre Herrschaft zu integrieren? Was sind die Grenzen dieser Integration? Kann sie scheitern, die Monopolbourgeoisie isoliert und die bürgerliche Herrschaft dadurch insgesamt geschwächt werden? Und mit welchen konkreten Mitteln der ideologischen Integration und der materiellen Zugeständnisse übt die Bourgeoisie ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse, das Kleinbürgertum und die anderen werktätigen Schichten aus? Was sind die Grenzen dieser Integration, wie kann sie aufgebrochen werden?

### **Faschismus als Bewegung und Faschismus an der Macht**

Die BZ vertritt keine klare Einschätzung dazu, in welcher Lage sich der deutsche Imperialismus befand, als der Faschismus an die Macht gehievt wurde. Einerseits wird der Faschismus als ein *last resort* dargestellt, ein Ausweg zur Sicherung von Herrschafts- und Kapitalverhältnis, wenn die in einer bürgerlichen Demokratie zur Verfügung stehenden Mittel, die „diversen Schritte der Rechtsentwicklung nicht reichen“ (S. 13). Dem Abschnitt folgt allerdings in der BZ ein historischer Abschnitt, bei dem vermutlich Kurt Gossweiler Pate gestanden hat (auch hier fänden wir es sehr gut, das kenntlich zu machen!), der die These vertritt, der deutsche Faschismus sei gerade auch ein „Akt der Offensive“ (Gossweiler/Kühnl/Opitz, Faschismus: Entstehung und Verhinderung, S.10) gewesen, um endlich das parlamentarische „Theater“ der Weimarer Republik beseitigen zu können. Gossweiler stellt fest: „Die Errichtung der faschistischen Diktatur durch das Finanzkapital war nicht nur ein Akt der Defensive gegenüber einer revolutionierten Arbeiterklasse, sondern zugleich ein Akt der Offensive zur Erreichung langfristig anvisierter Ziele. Sie war also zugleich Ausdruck der Schwäche als auch der Stärke der Monopolbourgeoisie“ (Gossweiler/Kühnl/Opitz, S. 10). Er wendet sich im gleichen Text auch explizit gegen die Behauptung von Kühnl, die Demokratie sei so etwas wie eine „Normalform“ des Imperialismus und der Faschismus eine Art Notnagel – und bringt seinerseits ins Spiel, dass der Sozialdemokratismus die letzte Verteidigung gegenüber der sozialistischen Revolution und dementsprechend „auch die Übergabe der Regierungsgewalt an die Sozialdemokratie [...] ein Ausdruck der Schwäche,



der Defensive der imperialistischen Bourgeoisie“ sei (Gossweiler/Kühl/Opitz, a.a.O., S. 7). Wie auch immer wir zu dieser Frage stehen, klar ist für uns, dass es sich auch hier noch um eine offene Debatte handelt. Das Erkennen unterschiedlicher Positionen ist da der erste Schritt, um diese Fragen zu lösen und zu einem fundierten Begriff vom Faschismus an der Macht zu kommen.

Zweitens sind die Funktionen faschistischer Bewegungen sehr unvollständig aufgeführt. Obwohl Faschismus als die “Gewaltseite” bürgerlicher Herrschaft angenommen wird, begreift die BZ den Faschismus als Bewegung in ihrer konkreten Analyse doch als relativ unabhängig. Die Verbindungen der faschistischen Bewegung zum Staat in seiner “demokratischen” Form werden nur an einzelnen Beispielen festgestellt, können aber letztendlich nicht befriedigend erklärt werden. Die in der BZ gelieferte Erklärung, Monopolkapital und Faschisten hätten die gleichen Feindbilder, weswegen letztere geduldet und genutzt werden, greift zu kurz. Gerade in der Geschichte der Bundesrepublik lässt sich konkret nachvollziehen, wie seit der Gründung der BRD faschistische Bewegungen gezielt vom Staat aufgebaut wurden und auf vielfältige Weise Teil des Staatsapparates waren. Hier sieht man auch, dass es verkürzt wäre, das Entstehen faschistischer Bewegungen auf eine Rechtsentwicklung zurückzuführen, die lediglich zu bestimmten Zeiten für die Bourgeoisie von Vorteil ist. Es ist wichtig konkrete Arbeitsaufträge für die wissenschaftliche Arbeit der kommunistischen Bewegung zu formulieren, um die Frage des Verhältnisses von Staat und Faschisten aktuell konkret zu analysieren und ihre Funktion in allen Formen bürgerlicher Herrschaft besser zu verstehen.

### **Die Strategiefrage: „Kampf um Demokratie“ v.s. „Kampf gegen das Kapital“?**

Zum eigentlichen Dreh- und Angelpunkt der Debatte um die antifaschistische Strategie der Kommunisten, an dem sich der größte Teil der Polemik auf der Diskussionstribüne entzündet hat, kommt die BZ erst ganz zum Schluss. Zunächst werden hier zwei Positionen verkürzt gegenübergestellt, erstens die der „Verteidigung der bürgerlichen Demokratie als kleineres Übel“ und zweitens die des „Kampfs um den Sturz der bürgerlichen Herrschaft und für den Sozialismus“. Hier zeigt sich als eine der großen methodischen Schwächen der BZ leider ihre Tendenz, das klare Benennen von Positionen

und ihren Vertretern zu vermeiden. Es wäre nicht nur ein transparenteres Vorgehen, sondern hätte der Debatte unter uns Kommunisten auch deutlich mehr gebracht, wenn die Autoren hier Positionen zitiert hätten, die so tatsächlich auch von benennbaren Gruppen oder Organisationen vertreten werden, anstatt einfach zwei Pappkameraden aufzustellen, an denen sich die Kritik dann abarbeiten kann. Auch wenn die BZ noch einiges schwammig und interpretationsoffen formuliert, so läuft ihre Analyse letztlich aber doch auf eine Orientierung heraus, die eindeutig im Widerspruch zu der in der DKP sonst vorherrschenden Tendenz zu „möglichst breiten“ antifaschistischen Bündnissen steht:

*„Dass die Parteien der ‚bürgerlich-demokratischen Mitte‘ und die Faschisten letztlich die gleichen Ziele verfolgen, und auch gar nicht anders können, da sie nun mal alle Akteure der monopolkapitalistischen Klassenherrschaft und dessen Staates sind, ist hier richtig beobachtet. Ebenso zu Recht wird erkannt, dass der Weg des ‚kleineren Übels‘ [...] unweigerlich dazu beiträgt, schließlich doch jegliches – auch das größte Übel – zu erhalten. [...] bei genauerem Hinsehen [würde] erkennbar, dass die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie bedeutet, den Kampf gegen jene Monopolfraktionen aufzunehmen, die gerade zu dem Urteil kommen, auch jene verkümmerte Form von Demokratie stelle eine für ihre Herrschaftsausübung hinderliche Schranke dar und soll deswegen abgeschafft werden.*

*Eine kluge antifaschistische Strategie vermeidet den Opportunismus der Verteidigung ‚kleinerer Übel‘. Ein Opportunismus, der uns erpressbar macht, der eine Entwicklung hin zum Faschismus nicht stoppen kann, sondern diese noch befördert. [...] Eine kluge Strategie verfällt aber auch nicht dem Schematismus, über eine politische Herrschaftsform unter Abstraktion der konkreten, historisch sich entwickelnden Bedingungen zu urteilen. Wir sollten erkennen können, dass der Kampf zur Verteidigung bürgerlicher Demokratie einen anderen Charakter erhält, wenn die Monopolbourgeoisie von dieser Herrschaftsform abrückt, wenn sie in ihr ein Hindernis ihrer kommenden Machtentfaltung erachtet und den Weg der Rechtsentwicklung hin zum Faschismus einschlägt. Wenn wir unter diesen Bedingungen die bürgerliche Demokratie verteidigen, dann verstehen wir, dass wir sie verteidigen gegen die Angriffe, die ausgehen von der Monopolbourgeoisie und ausgeführt werden auch von ihren Parteien der sogenannten demokratischen Mitte. Dann*

*ist unsere Verteidigung der bürgerlichen Demokratie aber nicht der Opportunismus des ‚kleineren Übels‘, sondern es ist Klassenkampf gegen das aktuelle Herrschaftsinteresse der Monopolbourgeoisie. Aufgabe unserer Bündnisarbeit ist es, dass dieser Interessengegensatz erkennbar wird.“ (BZ, S. 18-19)*

So sehr wir vielen der hier entwickelten Argumente zustimmen können – insbesondere dem Kerngedanken, dass auch die Parteien der bürgerlichen Mitte Träger der Klassendiktatur der Bourgeoisie sind und dass der antifaschistische Kampf im Kern ein Klassenkampf sein muss – so kritikwürdig finden wir gleichzeitig, dass sich die Autoren der BZ letztlich dann doch darum drücken, die konkreten politischen Schlussfolgerungen aus ihrer Analyse zu ziehen. Die wichtigsten Fragen, besonders mit Blick auf die antifaschistische Bündnispolitik, bleiben dadurch unbeantwortet, die Interpretation wird dem einzelnen Leser überlassen. Offengelassen bzw. ausgespart wird die Frage, wie eine antifaschistische Strategie der „breiten Bündnisse“ bis weit hinein ins Lager der Sozialdemokratie, wie sie die DKP und ihre Bündnispartner (VVN etc.) mindestens in Teilen vertreten und praktizieren (z.B. bezüglich „Aufstehen gegen Rassismus“), mit dem in der BZ formulierten Standpunkt vereinbar sein soll, wenn die Parteien der bürgerlichen Mitte (also auch die Sozialdemokraten) letztlich die gleichen Ziele verfolgen wie die Faschisten.

Die Unterzeichner des offenen Briefs „Bitte nicht diese Bildungszeitung“ empören sich bisher am lautstärksten über diesen Bruch mit der KPD- und DKP-Tradition – und mit Willi Gerns gehört immerhin einer der wichtigsten DKP-Theoretiker und geistigen Gründerväter der antimonopolistischen Strategie zu den Verfassern. Der offene Brief gibt die Position der BZ allerdings falsch wieder, wenn es dort heißt, dass diese „den Vorrang des Kampfes gegen das Kapital gegenüber dem Kampf um die Demokratie und gegen den Faschismus“ predige. (UZ vom 9. Oktober 2020, S. 12) Genau diese schematische Gegenüberstellung versucht die BZ ja richtigerweise zu vermeiden, indem sie betont, dass der Kampf um Demokratie und der Kampf gegen den Faschismus nicht zwei Alternativen sind, zwischen denen die Kommunisten sich entscheiden könnten, sondern dass der Kampf um die Verteidigung demokratischer Rechte überhaupt nur als Klassenkampf erfolgreich geführt werden kann. Für die Gegner der BZ scheint die Sache

jedoch klar und, das muss man ihnen anrechnen, sie scheuen sich auch nicht davor ihre Position offensiv und unmissverständlich zu vertreten: Der Kampf um Demokratie hat aus ihrer Sicht Vorrang gegenüber dem Kampf gegen das Kapital, das ist für sie die zentrale Lehre aus den historischen Erfahrungen der Kommunisten, das war für sie im Kern die Orientierung des VII. Weltkongresses – und das muss demnach auch das Fundament jeder zukünftigen kommunistischen Strategie sein. Zur kritischen Auseinandersetzung mit diesem Standpunkt ließe sich sicherlich eine eigene Diskussionstribüne füllen, hier sei daher nur kurz auf einen wichtigen ersten Diskussionsaufschlag von unserem Genossen Thanasis Spanidis hingewiesen.

Die Art und Weise, wie sich das Sekretariat in die entstandene Debatte einbringt finden wir unglücklich. In ihrer Stellungnahme (ebenfalls in der UZ vom 9. Oktober 2020, S. 12) stellt sich die Parteispitze zwar grundsätzlich hinter die BZ, allerdings ohne konsequent die dort formulierten Positionen zu verteidigen. Anstatt den Standpunkt der Verfasser des offenen Briefs, die den Vorrang des Kampfs um Demokratie gegenüber dem gegen das Kapital als den eigentlichen Kern des kommunistischen Antifaschismus behaupten, im Sinne der BZ zurückzuweisen und inhaltlich zu untermauern, begnügt sich das Sekretariat mit der Aussage: *„Diese Kritik können wir nicht teilen. Sie lässt sich nicht aus dem Text der BIZ ableiten.“* Auch der Rest der Stellungnahme weicht den zentralen Streitfragen konsequent aus und versucht die aufgebrochenen Widersprüche eher in zentristischer Manier zu relativieren, anstatt sie klar anzusprechen und sich eindeutig im Sinne der immerhin offiziell von der Partei herausgegebenen BZ oder ihrer Kritiker zu positionieren. Abschließend wird stattdessen nochmals bekräftigt: *„Als Sekretariat unterstreichen wir: Wir halten fest an den Grundlagen antifaschistischer Politik der Kommunistinnen und Kommunisten, wie sie unter anderem durch den 7. Weltkongress der Komintern und die Politik von KPD und DKP nach 1945 und 1968 entwickelt wurden – und die Bildungszeitung tut dies auch.“* Nun erheben die Gegner der BZ aber genau denselben Anspruch und beide Seiten können mit ihren sich direkt widersprechenden Positionen unmöglich gleichzeitig Recht haben. Was aus Sicht des Sekretariats der wirkliche Inhalt der hier beschworenen gemeinsamen Traditionslinie sein soll, und genau darum dreht sich ja die ganze Debatte, erfährt man aus der Stellungnahme leider nicht. Es wird stattdessen einfach eine Einigkeit behauptet, wo es offensichtlich keine gibt.

Mit der Eröffnung einer öffentlichen Diskussionstribüne ist nun aber immerhin eine Plattform geschaffen, auf der die Debatte weitergeführt werden kann.

Einige der wichtigen offenen Fragen, die mit Blick auf die antifaschistische Strategie perspektivisch geklärt werden müssen, sind aus unserer Sicht: Was genau heißt „Kampf um Demokratie“? Bloße Verteidigung erkämpfter Rechte innerhalb der bürgerlichen Herrschaft? Die Verteidigung des bürgerlichen Parlamentarismus und des Staats, d.h. die aktuelle Form der Diktatur der Bourgeoisie als kleineres Übel? Oder der Kampf für eine Sowjetdemokratie, die über das heutige System hinausweist? Außerdem: Mit welchen Bündnispartnern kann dieser Kampf geführt werden? Ist der Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte dabei ein Kampf aller Werktätigen gegen die Bourgeoisie oder muss er Seite an Seite mit einem Teil der Bourgeoisie gegen die faschistischen Kapitalfraktionen geführt werden? Unter welchen konkreten Bedingungen können Kommunisten antifaschistische Bündnisse mit Kräften der „bürgerlichen Mitte“ und der Sozialdemokratie eingehen? Handelt es sich dabei um Bündnisse mit der Basis dieser Organisationen oder auch mit ihrer Führung? Auf welche konkreten Ziele müssen solche Bündnisse orientiert sein? Geht es dabei um politisch möglichst breit und pluralistisch aufgestellte *Organisationsbündnisse*? Oder besteht die Aufgabe der Kommunisten vielmehr darin, an der Basis ein breites *Klassenbündnis* aller Werktätigen gegen die Bourgeoisie und die Repräsentanten ihrer Herrschaft aufzubauen?

### ***Christian Kunz: Über kommunistische Bündnispolitik***

Ich wurde gebeten, ein Referat über kommunistische Bündnispolitik zu halten. Dem komme ich gerne nach. Ich werde es mit meinen eigenen Worten machen. Empfehlen will ich vorweg, was die Ideologische Kommission der KPD darüber geschrieben hat. Das deckt sich auch mit meinen Erfahrungen.

Hierzu ist festzustellen, dass wir noch immer im Imperialismus leben, d.h. in einem sterbenden, faulenden Kapitalismus in dem alle Widersprüche des Kapitalismus verschärft sind und die Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen in immer schärfere Konflikte geraten. Um den Imperialismus zu überwinden gibt es keinen anderen Weg als den, dass die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen die

proletarische Revolution erkämpft - unter Führung der Kommunistischen Partei, einer Partei neuen Typs. Warum unter Führung der Kommunistischen Partei? Eignet sich nicht jede andere Partei dafür auch? Insbesondere linkssozialdemokratische Parteien werden oft zu Hoffnungsträgern. Nein, sie sind es nicht. Nur die kommunistische Partei strebt nach der Diktatur des Proletariats, der Überwindung des bürgerlichen Staates und dem Aufbau der Planwirtschaft, der nur durch das stufenweise Zurückdrängen der Warenproduktion und schlussendlich durch deren Ersetzung durch die Planwirtschaft geschehen kann.

Diesem Ziel ist auch unsere Bündnispolitik untergeordnet. Es gibt verschiedene Bewegungen die sich auf Grund von Widersprüchen im Kapitalismus/Imperialismus bilden. Hier treffen Kommunisten oft auf kleinbürgerliche Kräfte, beispielsweise in der Friedensbewegung, beim Klimakampf, beim Kampf um die Emanzipation der Frauen und so weiter.

Als Kommunisten unterstützen wir diese Kämpfe. Ob wir jedoch an Bündnissen hierzu teilnehmen, muss meines Erachtens von Fall zu Fall und vor Ort entschieden werden. Wenn es nicht möglich, ist diesen Bündnissen einen klassenkämpferischen Inhalt zu vertreten, dann sollte die kommunistische Partei nicht an ihnen teilnehmen.

Das heißt nicht, das heißt nicht, dass die kommunistische Partei nur in ein Bündnis gehen kann, wenn ihre Weltanschauung geteilt wird, aber es sollte im Bündnis klar sein, dass der Kapitalismus und seine Parteien Teil des Problems sind, nicht Teil der Lösung. Bündnisse gegen die AFD, an denen die örtliche SPD und/oder die Grünen teilnehmen und wo diese verhindern, dass über den Zusammenhang von Rassismus und Imperialismus und die Rolle von den Kapitalismus/Imperialismus stützende Parteien diskutiert werden kann, sind abzulehnen. Da es zwischen proletarischer Anschauung und bürgerlicher keinen mittleren Weg gibt, müssen wir alles bekämpfen, was die Illusion weckt, man könne diese Fragen innerhalb des Kapitalismus lösen.

Ich las gerade einen Beitrag, der eine rechtsopportunistische Sicht darstellt. Darin wird behauptet, dass der antifaschistische Kampf keine Form des Klassenkampfes sei und die bürgerliche parlamentarische Demokratie wird als etwas absolut dem Faschismus Entgegengesetztes dargestellt. Ich zitiere aus dem Leserbrief „Bitte nicht diese Bildungszeitung“, gedruckt in der UZ vom 9

Oktober 2020: "...warum erinnern wir daran? Weil in der Bildungszeitung der Vorrang des Kampfes gegen das Kapital gegenüber dem Kampf um die Demokratie und gegen den Faschismus gepredigt wird". UZ, 9.10.20, Seite 12.

Diese Sichtweise entspricht nicht den historischen und auch nicht den aktuellen Tatsachen. Zwar ist Faschismus gesteigerte Unterdrückung der Arbeiterklasse, ja gar Terrorisierung, jedoch gibt es alles, was es im Faschismus an Terror gibt, in abgeschwächter Form auch in der bürgerlichen Demokratie. Auch sie ist die Diktatur der Bourgeoisie.

Bündnispolitik ist immer eingebettet in das Ziel, und das ist die Überwindung des Kapitalismus. D.h. prinzipienlose Anbiederung an die Sozialdemokratie oder die Linkspartei müssen wir bekämpfen, da sonst Illusionen in diese geschürt werden. Unser Ziel ist, die Basis der sozialdemokratischen Parteien und die parteilosen Arbeiter zu gewinnen. Dies kann nur geschehen, wenn der Einfluss der sozialdemokratischen Führung und die Ideologie des Sozialdemokratismus gebrochen werden.

Noch ein Wort zur „Querfront“. Verschiedentlich ist zu hören, man solle doch auf die „Querdenker“ zugehen und - auch wenn es sich sicherlich nur um eine kleine Minderheit in der Kommunistischen Bewegung handelt - so ist doch bei manchen sogar zu hören, die AfD sei nicht so schlimm und man sollte es doch mal mit denen versuchen. Einher geht dies oft mit der Übernahme von flüchtlingsfeindlichen Thesen.

Es versteht sich von selbst, dass dieses Denken gefährlich ist. „Querdenken“ ist von Faschisten verseucht und wissenschaftsfeindlich, von der AfD ganz zu schweigen. Gegenüber Faschisten und faschistoiden Organisationen muss ein klarer Trennstrich gezogen werden, denn was der Imperialismus an Terror bringt, wollen sie verhundertfachen. Sie sind, auch wenn sie sich manchmal anders geben, Feinde der Arbeiterklasse und ihr Ziel ist die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie und die Ersetzung einer bürgerlichen Herrschaft (parlamentarische Demokratie) durch eine andere Form bürgerlicher Herrschaft, die faschistische Diktatur, die auf offenen Terrorismus gegen die Arbeiterklasse und ihre fortschrittlichen Organisationen setzt. Hemmungsloser Chauvinismus gegen Minderheiten im Innern und Krieg nach

außen sind ihre Ziele. Das können niemals Ziele von Menschen sein, die gesellschaftlichen Fortschritt gegen das Kapital erreichen wollen.

In der Bündnispolitik geht es immer um ein konkretes Vorhaben, um den Kampf gegen eine Auswirkung des Kapitalismus, seien es Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen, Friedenskampf, Umweltschutz, Verkehrspolitik, Rotstiftpolitik und so weiter. Hier ist die Aufgabe der Kommunisten zu zeigen, dass das Kapital dahinter steckt und letztlich nur der Sozialismus das Problem beseitigen kann. Keinesfalls darf die kommunistische Partei im Rahmen von Bündnissen Zugeständnisse ideologischer Art machen.

Auch um die Bedürfnisse kleinbürgerlicher Schichten sollte sich die kommunistische Partei kümmern, darunter sind Beamte Lehrer, Ärzte etc. zu verstehen, kleine Selbstständige ohne große Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Sie in den Klassenkampf einzubeziehen muss unser Ziel sein. Dies jedoch muss unter Hegemonie des Proletariats geschehen.

Eine Bündnispolitik, die darüber hinaus geht und gar Teile des mittleren Kapitals einbezieht, ist meines Erachtens abzulehnen, weil dieses Kapital beträchtliche Teile der Lohnarbeiter ausbeutet, zwar hin und wieder mit dem Monopolen in Konflikt kommt, aber letztlich dieselben Interessen wie das Monopolkapital hat. Ein Kapitalist, der 300 Lohnarbeiter ausbeutet, ist kein Monopolist, aber doch ein Ausbeuter. Häufig sind hier die Arbeitsbedingungen sogar beträchtlich schlechter als beim Monopolkapital selbst. Die Vorstellung, Teile davon als Bündnispartner gewinnen zu können, liegt der antimonopolistischen Strategie mit dem Ziel der Errichtung einer antimonopolistischen Demokratie zugrunde, die die DKP ab den 70er Jahren entwickelt hat. Ich empfehle denjenigen, die sich tiefer damit beschäftigten wollen, die Materialien der Genossen von der KO zu lesen.

Ich will auch noch ein Wort zur kommunistischen Bewegung in Deutschland heute sagen. Hier haben wir hoffnungsvolle Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Organisation (KO). Die sollten wir auf jeden Fall immer weiter ausbauen. Von einer einheitlichen Partei möchte ich noch nicht sprechen, denn das ist eine langfristige Aufgabe, die sich perspektivisch aber natürlich stellt. Auch mit der FDJ und dem Arbeiterbund gibt es eine Zusammenarbeit. Hier sind die Unterschiede aus meiner Sicht größer,



trotzdem sollte auch hier die Zusammenarbeit mit Perspektive auf Einheit ausgebaut werden. Mit maoistischen bzw hoxhaistischen Organisationen ist es schwieriger, weil zumeist eine sehr feindliche Stellungnahme zur DDR vorhanden ist. Gewisse Formen der Zusammenarbeit z.B. in Fragen der Friedenspolitik können möglich sein, jedoch sehe ich eine Einheit hier weit entfernt, denn ich sehe nicht, dass sich in der BRD eine dieser Organisationen z.B. von der Sozialimperialismusthese bezüglich des Sozialismus in Europa trennt. In punkto Einheit gilt immer noch: Einheit ohne Klarheit wird nichts bringen. Ich verweise auf unsere Thesen.

Mit trotzkistischen Organisationen kann es keine Zusammenarbeit geben, was mit ihrem antikommunistischen, proimperialistischen Charakter zu tun hat.

Die DKP ist für eine Einheit nicht zu haben und sieht sich als einzige legitime Organisation. Ideologisch hat sie sich nie vom Revisionismus gelöst. Trotzdem sollte dort, wo eine Zusammenarbeit möglich ist, diese gesucht werden. Im Osten scheint mir das eher möglich als im Westen.

## ***Heinz Ahlreip: Das Jahr 2021 – 150 Jahre Pariser Kommune***

Es zeigte sich nach der russischen Revolution vom 27. Februar 1917 in Abwesenheit von Lenin, dass das erste Dekret der Kommune von Paris nicht verkündet worden war: die Unterdrückung des Heeres- und Beamtenapparates und seine Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung, obwohl diese Forderung in den Programmen der linken Parteien stand, und alle täuschten die Massen mit der Propaganda, dass das allgemeine Stimmrecht *im heutigen Staat* den Willen der Mehrheit zum Ausdruck bringen könne. Die aus der Pariser Kommune stammende Forderung, das stehende Heer zu unterdrücken und es durch das bewaffnete Volk zu ersetzen, stand zwar in den Programmen der Parteien, die sich als sozialistisch ausgaben ... aber alle kleinbürgerlichen Demokraten hatten sich als unfähig erwiesen, in einer revolutionären Situation den Staatsfetisch abzulegen. So steuerten sie ihr klappriges Februarschiff in den Orkan der Oktoberrevolution und erlitten Schiffbruch.

Der Sinn der Oktoberrevolution in der Staatsfrage war, den bürgerlichen Staat durch eine Macht aufzuheben, die sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt

der Massen stützt und die die Bedingungen schafft, damit der proletarische sofort abzusterben beginnt. Engels sprach bewusst vom Einschlafen des Staates *und der Demokratie*, Kautsky hingegen entstellte den Marxismus direkt, indem er zunächst die marxistische Auffassung, der bürgerliche Staat sei ein *parasitärer Organismus*, zur Sichtweise nur der Anarchisten verdrehte und sodann in seiner im August 1918 erschienenen Broschüre „Die Diktatur des Proletariats“ diese direkt ablehnte.

Wäre die Arbeiterklasse in Russland Kautsky gefolgt, so wäre sie im Sumpf der Duma, im Sumpf des Parlamentarismus gelandet und damit im Wechselspiel von bestimmender bürgerlicher Regierung und einer ohnmächtigen ‚linken‘ Opposition, die waffenlos das Recht der Regierungskritik gehabt hätte, deren politische Bedeutung noch unterhalb der der Räte der Zwischenperiode, der sogenannten Doppelherrschaft gewesen wäre.

Kautsky begriff in seiner „mitleiderheischenden Altersschwäche“ (Clara Zetkin) nicht den Doppelcharakter der proletarischen Diktatur, demokratisch für die große Mehrheit der Proletarier und Besitzlosen und diktatorisch gegen die Bourgeoisie zu sein. Die Oktoberrevolution war die zweite große Mehrheitsrevolution nach der Pariser Kommune, die zweite in der Menschheitsgeschichte. Sie brauchte als Projekt der Organisation der Produktion durch die Arbeiter selbst wie die Kommune schon keinen Staat im eigentlichen Sinne mehr. Lenins Konzept der Volksmiliz sieht die Bewaffnung aller armen und ausgebeuteten Klassen vor, damit sie so selbst die Staatsmacht bilden. Die Sprengung der Duma durch revolutionäre Truppen, die auf Anweisung Lenins agierten, ergab sich zwangsläufig, denn ein Parlament ist die Krönung einer bürgerlichen Revolution, nicht einer proletarischen. Genosse Uritzki, der am 30. August 1918 von dem jüdischen Kadetten Leonid Kannegiesser erschossen wurde, sagte in einem Referat am 12. Dezember 1917: „Einige Genossen glauben aber, daß wir eine bürgerliche Revolution machen, deren Endziel die konstituierende Versammlung sein soll“<sup>26</sup>.

---

<sup>26</sup> Moissei Uritzki, Referat auf der Sitzung des Petrograder Komitees der SDAPR, in: Leo Trotzki, Die Lehren des Oktobers, in: Oktoberrevolution, Oberbaumpresse Berlin, 1967,54. „Mit der Auflösung der konstituierenden Versammlung schließt

In einem Artikel aus dem Jahre 1923: „Lieber weniger, aber besser“, der der Verbesserung der Arbeiter- und Bauerninspektion gewidmet ist, schreibt Lenin von der Möglichkeit einer eigenartigen Verschmelzung von Partei- und Sowjetinstitutionen. Aber aus der Sonderstellung des Proletariats, einer „besonderen Klasse“ im Produktionsprozess der bürgerlichen Gesellschaft, die der Sonderstellung der Kapitalisten, dieser modernen Sklavenhalter korrespondiert, ergab sich zwingend, dass dessen politische Kampfpartei auch eine einnimmt. Am Ende hatte die Partei immer Recht. Es ist fragwürdig, ob das marxistisch ist, es steht aber außer Frage, dass man im Ozean der Revolution zunächst das Schiff der Partei sichern musste. Diese ist nach Stalin eine Art Schwerträgerorden, dessen Mitglieder nach ihm „aus besonderem Material geformt“ sind und die alle Formen des Krieges zu meistern haben. Über die Auflösung des Parlaments machten und machen bürgerliche Ideologen viel Krakeel, dabei hatte die Partei der Bourgeoisie, die Kadetten (kadety), in den Wahlen weniger als 2,5 Prozent erhalten. Es ist in Erinnerung zu rufen, dass die nach der Oktoberrevolution gewählte Duma die `Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes´ *direkt ablehnte*. Das sagt doch schon alles.

Wir, die wir unter dem Joch des Kapitals aufgewachsen sind und heute darunter mehr leiden als leben, sind viel zu sehr befangen in Denkkategorien mit schwerer Vergangenheitslast und in alltäglichen Vorurteilen. Unser Denken kann nicht vollständig frei und vollständig revolutionär sein. Deshalb spricht Engels von einer zukünftigen, unter dem Sozialismus aufgewachsenen Generation, die dereinst erst in der Lage sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzuwerfen. Dazu müssten freiere Gesellschaftszustände gekommen sein, man kann den Staatsplunder, der zugleich auch Demokratieplunder ist, nicht im Sinne der Anarchisten von heute auf morgen einfach wegwerfen. Der Sozialismus wächst in den Kommunismus hinüber, nachdem und wie schon die bürgerliche Revolution in die sozialistische hinübergewachsen ist.

---

nicht nur ein großes Kapital der Geschichte Russlands, sondern ein nicht weniger bedeutsamer Abschnitt unserer Parteigeschichte“ (Leo Trotzki, 1917 – Die Lehren des Oktobers, in: Leo Trotzki, Revolution in Russland, manifest. Marxistische Schriften, Berlin, 2017,132).

Gern stellen die Trotzisten die Sache so dar, als habe nur Trotzki mit seiner Theorie der permanenten Revolution die Februarrevolution über ihren bürgerlichen Horizont hinausgedacht und nur Lenin hätte von den Bolschewiki die Richtigkeit der Einsichten Trotzki erkannt und diese übernommen. Die Schriften Lenins widerlegen diese Geschichtsfälschung. Und solange ein Staatsplunder noch existiert, ist die Klage Rosa Luxemburgs nachvollziehbar, dass es in jedem sibirischen Dorf humaner zugehe als unter deutschen Sozialdemokraten, die in der Regel aus Geldgier von einem Staatsfetisch regelrecht verblendet sind.

Nur naive Menschen leben konfliktfrei im Gegebenen und können sich nicht vorstellen, dass Menschen ohne Staat zusammenleben können.

Wer an sich arbeitet, wer sich entwickelt, wer in seinem Denken eine Ebene erreicht hat, von der aus die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse in ihren objektiven Zusammenhängen erfasst werden können, der bricht heraus aus den vom Kapital vorgegebenen engen Lebensstrukturen, aus dem Ekel vor dem Alltag, der muss auf eine befreiende Explosion gegen die Mächte der Vergangenheit und Finsternis, die unseren Horizont einschnüren, hinarbeiten, kurz: er steht vor der Alternative: Revolutionär zu werden oder weiterhin auf dem Friedhof des Kapitals dahinzuvegetieren bis ins Grab, das für die Armen früher kommt als man denkt. Reiche leben laut Statistik länger.

Das Kapital, das keinen Tag, keine Stunde, keine Minute zurückgibt, das Kapital und sein Staat brauchen in gesellschaftswissenschaftlicher Hinsicht unreife Menschen. So haben zum Beispiel die Pariser Kommune, die russische demokratische Revolution von 1905 mit ihrer Herausbildung der Räte, besonders die proletarischen Revolutionen im 20. Jahrhundert den Beweis erbracht, dass Demokratie und Parlamentarismus sich ausschließen. Der Parlamentarismus basiert auf einem Gedankengut der bürgerlichen Aufklärung aus dem 18. Jahrhundert, das vornehmlich zuerst in vornehmen Kreisen Englands und dann in Frankreich durch Montesquieu und die Gironde gepflegt wurde.

Der Parlamentarismus gehört heute zu den Mächten der Finsternis und der Vergangenheit, die unser Gehirn vernebeln. Man frage heute 10.000 Menschen, was Engels unter dem „Absterben der Demokratie“ verstand und wie er dieses Absterben mit dem „Absterben des Staates“ verband ... und

9.999 beginnen ... zu stottern, wenn überhaupt etwas über ihre Lippen kommt. Das Privateigentum hat uns so einseitig und dumm gemacht. Heute gibt die Befangenheit im parlamentarischen Denken ein Beispiel ab, wie Aufklärung bei Höherentwicklung der Produktivkräfte in Finsternis umschlagen kann.

Historisch hat die Pariser Kommune diesen Umschlag bewirkt, sie war nicht nur in der Staatsfrage der Leuchtturm in den Wogen der Oktoberrevolution, die das prostitutive Treiben der Duma beendete. Denn die Pariser Proletarierinnen und Proletarier hatten die Alternative aufgetan: Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats? Wer besiegt wen? Besiegen kann das Proletariat die Bourgeoisie auch ohne Diktatur, diese ist aber notwendig, so Stalin, um deren Widerstand zu brechen<sup>27</sup>. Die Bourgeoisie bleibt auch nach dem Sieg des Proletariats mächtiger. In der gesamten Epoche nach dem Sieg des Proletariats, Marx sprach von 15, 20, 50 Jahren Bürgerkrieg, sind zeitweilige Niederlagen des Proletariats nicht ausgeschlossen.<sup>28</sup>

Auch die Oktoberrevolution war gegen eine Niederlage nicht gefeit, aber selbst im Falle einer Niederlage wären ihre Erfahrungen kommenden Revolutionen lehrreich. Hatte sich mit dem Aufkommen des Kapitalismus der moderne Staat in seinem eigentlichen Sinne herausgeputzt, so hatte die Kommune den Beweis erbracht, dass ein Zusammenleben befreiter Arbeiterinnen und Arbeiter möglich ist mit objektiv gesellschaftlichen Strukturen, von denen man behaupten kann, dass sie schon kein Staat im

---

<sup>27</sup> Vergleiche Josef Stalin, Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, Werke Band 5, Verlag Roter Morgen, Dortmund, 1976,148. Alle Formen des Krieges meistern! Bekanntlich vollzog sich der Aufbau des Sozialismus unter dem Feuer der imperialistischen Artillerie. „Stellen Sie sich einen Maurer vor, der mit einer Hand baut und mit der anderen das Haus verteidigt, das er baut“. (Josef Stalin, Drei Jahre proletarische Diktatur, Werke Band 4, Verlag Roter Morgen, Dortmund, 1976,342f.). Auf Clara Zetkin geht der Satz zurück: „Das russische Proletariat philosophiert mit Schwert und Kelle“ (Clara Zetkin, Im revolutionären Rußland, in: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 2, Dietz Verlag Berlin, 1989,257).

<sup>28</sup> Vergleiche Josef Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, Werke Band 6, Verlag Roter Morgen, Dortmund, 1976,96ff.

eigentlichen Sinne mehr sind. Der „Staat“ der Pariser Kommune war ein ‚Übergangsstaat‘ zum Kommunismus hin. Im Zahn der bürgerlichen Zeit war die Kommune der erste Stich des Schmerzes, der ankündigte, dass der Zahn von Fäulnis befallen ist und der zweite Weltkrieg gegen die Sowjetunion war die heftige Reaktion auf die zunehmenden Schmerzen, die von der Oktoberrevolution bewirkt wurden.

Können sich Kleinbürger ein Leben ohne Staat gar nicht vorstellen, so bildet für die Kapitalisten, für die modernen Sklavenhalter diese Vorstellung verständlicherweise ein Horrorszenario, denn eine Kommune beginnt mit der einfachen *Organisation der bewaffneten Massen, sie ist ein Staat, den die bewaffneten Arbeiter als Keim einer neuen Armee bilden, die dazu übergehen, das gesamte Volk zur Beteiligung an der Miliz heranzuziehen...*“<sup>29</sup>, *Volk und Miliz in eins zu setzen*. In Kanawino, Gouvernement Nishi-Nowgorod, hatte sich in fast allen Betrieben eine von der Betriebsleitung bezahlte Arbeitermiliz gebildet, Lenin maß dieser gigantische Bedeutung bei. Den *„richtigen Weg betreten die Arbeitermassen selber. Das Beispiel der Nishni-Nowgoroder Arbeiter muß zum Vorbild für ganz Rußland werden“*.<sup>30</sup>

Ist aber das gesamte Volk, also auch die Frauen, bewaffnet und ist es als bewaffnetes Volk selbst die Regierung, dann ist darunter kein Platz für die verschwindend kleine Minderheit der Kapitalisten mehr möglich. Und deshalb ist der Staat der Kommune schon kein Staat im eigentlichen Sinne. Die höchste Reife, die in der Natur und in der Geschichte erreicht wird, ist diejenige, in der der Untergang beginnt. Und das gilt auch für die Demokratie, die erst als Kommune ihre höchste historische Stufe erreicht hat. *„Je vollständiger die Demokratie, umso näher der Zeitpunkt, zu dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der `Staat, der aus bewaffneten Arbeitern besteht und `schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr` ist, umso rascher beginnt jeder Staat abzusterben“*.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Lenin, Staat und Revolution, Werke Band 25, Dietz Verlag Berlin, 1960,487

<sup>30</sup> Lenin, Über die proletarische Miliz, Werke Band 24, Dietz Verlag Berlin, 1960,170

<sup>31</sup> Lenin, Staat und Revolution, Werke Band 25, Dietz Verlag Berlin, 1960,489

Die Lehre aus der Pariser Kommune bestätigte, was Marx und Engels fast vierzig Jahre, von 1852 bis 1891, ‚predigten‘, dass in einer Revolution der Arbeiterinnen und Arbeiter der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden und dass man ihn durch einen neuen ersetzen muss, ein zweiter Schritt, den die Anarchisten nicht mitvollziehen, im „Ersetzen“ sahen sie den Kardinalfehler der marxistischen Sozialisten. Und gerade vor dem „Zerschlagen“ wichen sowohl Kautsky als auch Bernstein, der vor einem ‚doktrinären Demokratismus‘ warnte, aus, nicht aber Proudhon und Bakunin. Engels hatte mit seiner Aussage Recht, dass die deutschen Sozialisten abergläubisch den Staat als Staat verehren, hatte Recht mit seiner Aussage, dass die deutsche Philosophie dazu mitgewirkt hatte.

Aber die Notwendigkeit der Zerschlagung der Staatsmaschine war gerade die große Lehre aus der Kommune: Proletariat und Bourgeoisie waren in ihr direkt entgegengesetzt: bürgerliche Revolutionen geben die Staatsmaschine von einer Hand in die andere weiter, proletarische Revolutionen zerbrechen die Staatsmaschine, die durch tausend Fäden mit der Bourgeoisie verbunden ist, *und ersetzen sie durch eine neue*. Sie ist destruktiv und konstruktiv in einem, sie kommandiert und regiert mit einer neuen Maschine, die es aber aufzuheben gilt: *„Im Sozialismus werden alle der Reihe nach regieren und sich schnell daran gewöhnen, daß keiner regiert“*.<sup>32</sup> Dass keiner regiert! Nur das kann die Quintessenz der Weltgeschichte sein. Man begreift in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der Erkenntnis, dass die Geschichte gesetzmäßig abläuft. Nur die Negation der Negation: Urgesellschaft – Klassengesellschaft – Urgesellschaft auf der höchsten Form macht eine finale Geschichtsbetrachtung zwingend. Die naiven, Politik ablehnenden Anarchisten verfahren in ihrer Negativität nur eindimensional, man könne den Staat von heute auf morgen abschaffen. Die Geschichte verläuft aber prozesshaft und gesetzmäßig in ihr Gegenteil hinein: in die Gesetzlosigkeit, im Zusammenleben der Menschen *ohne Staat*. Die objektive Gesetzmäßigkeit der Geschichte endet in Politik neigende Gesetzlosigkeit: *„Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen einzelner Personen und ebensowenig die Notwendigkeit, solche Ausschreitungen zu unterdrücken. Aber erstens bedarf es dazu keiner*

---

<sup>32</sup> a.a.O.,503

*besonderen Maschine, keines besonderen Unterdrückungsapparates: das wird das bewaffnete Volk selbst mit der gleichen Selbstverständlichkeit und Leichtigkeit bewerkstelligen, mit der eine beliebige Gruppe zivilisierter Menschen sogar in der heutigen Gesellschaft Raufende auseinander bringt oder eine Frau vor Gewalt schützt“.*<sup>33</sup>

## Nachrufe

### ***Ernesto Schwarz und Reinhardt Silbermann: Nachrufe auf Christian Krähling***

#### **Ernesto Schwarz: Liebe Freundinnen und Freunde,**

Christian Krähling ist gestern (Do, 10.12.2020; d.Red.) an seinem 43. Geburtstag gestorben. Am Mittwoch war er noch bei der Arbeit (Amazon Bad Hersfeld).

Tags drauf ist er nicht zu einer Betriebsratssitzung erschienen. Er war auch telefonisch unerreichbar. Das hatte es bei solchen Terminen bei ihm noch nie gegeben. Die Kollegen waren beunruhigt, einer fuhr zu ihm. Am Donnerstag Nachmittag wurde er leblos in seiner Wohnung gefunden.

Das ist ein schwerer Verlust für die Arbeiterbewegung nicht nur in Deutschland.

Vor fast acht Jahren war er Mitinitiator der bis jetzt immer wieder durchgeführten Streiks bei Amazon in Bad Hersfeld, er trug wesentlich dazu bei, dass der Funke übersprang auf andere deutsche Standorte. Der Sprecher der gewerkschaftlichen Vertrauensleute wirkte mit an der Vernetzung mit Aktiven in Polen, Slowakei, Spanien, Frankreich, Schweden, Italien, USA, China. Wenn er erfuhr, dass am nächsten Streik in Frankreich oder USA eine

---

<sup>33</sup> a.a.O.,478



Aktion stattfand, schrieb er manchmal noch in der Nacht ein Streiklied in englischer oder französischer Sprache und schickte es noch rechtzeitig hin.

Die Initiative OKG (Organisieren, Kämpfen, Gewinnen) Kassel hat heute geschrieben: "*... GewerkschafterInnen weltweit werden trauern, von Spanien, Polen, USA, Frankreich, China... du hast keine Grenzen gekannt, nicht korrumpierbar, immer bescheiden, immer mit Witz, immer unerschrocken, Dichter, Kämpfer, Freund, Genosse, liebevoller Vater. Du warst einer der Großen der Arbeiterbewegung ...*"

Ich glaube, sie haben mit dem letzten Satz nicht übertrieben. Viele seiner wunderbaren Gedichte habe ich gelesen.

Er, der auch Freidenkergenosse war, starb mindestens ein halbes Jahrhundert zu früh.

Wenn wir ihn jetzt fragen könnten, was würde er uns jetzt mit einem Schmunzeln raten? "Weitermachen, Durchhalten, Siegen!"

Also dann!

Herzliche Grüße, Ernst

### **Reinhardt Silbermann: Liebe Freunde der Internationalen Brigaden und Freunde der internationalen Arbeiterbewegung,**

vor ungefähr einem Jahr habe ich Christian persönlich kennengelernt. Es war im Haus von Ernst (Schwarz; d.Red.) und ich erinnerte mich immer gerne daran zurück, es wurde eine lange intensive und fröhliche Nacht. In den frühen Morgenstunden dieses kalten Wintertages machte er sich dann auf zur Streikunterstützung seiner Kollegen. Es ist selten geworden, einen so jungen, leidenschaftlichen Genossen für unsere Sache zu treffen.

Durch jahrelangen Kampf wurde Christian zu einer herausragenden Persönlichkeit in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, einer, der dem Klassengegner das Fürchten lehrte. Das kann man wirklich so ohne Übertreibung sagen.

Eine bessere Beschreibung als in Bertold Brechts „Lob des Revolutionärs“ gibt es nicht für ihn.

Christian, du bleibst in unseren Herzen!

Salud Genosse!

### ***Sergey Rychenkov: Nachruf auf Richard Iwanowitsch Kosolapow (Übersetzung: Yana)***

Ein Herz hat aufgehört zu schlagen, das Herz von Richard Iwanowitsch Kosolapov, das Herz des Kommunisten, des Wissenschaftlers und sowjetischen Bürgers.

Er hat gekämpft gegen die Predigten der bürgerlichen „Freiheiten und Rechte für die Wohlhabenden“ auf Kosten der Millionen Betrogenen und Beraubten. Er konnte den gleichgültigen Formalismus angeblicher Beschützer der Arbeiterklasse, der „Amtkommunisten“, nicht ertragen. Als denkender Marxist, keineswegs Dogmatiker, brachte er die anderen dazu, auf den Grund der Dinge zu gehen, die Stereotypen zu überwinden. Die Tatsache, dass eine Person mit solchem Wissen, solcher Intelligenz, solchem Anstand und solcher Aufrichtigkeit Ihr Leben dem Dienst an der Idee der Gerechtigkeit und der Befreiung der Arbeiterklasse gewidmet hat, spricht von selbst für die Idee und ehrt sie. Und die Erkenntnis, dass die Kommunisten solche Menschen wie Richard Iwanowitsch Kosolapov sind, beeinflusste für viele unter anderem die Wahl der Weltanschauung und den Lebensweg.

Das erste Buch, das er als vierjähriges Kind, Sohn des roten Kosaken, gelesen hat, waren Gedichte von Puschkin. Zwei der größten Kindheitseindrücke waren das Vorkriegs-Moskau und Stalingrad. Zu den unvergesslichen Lektionen - wie für Millionen sowjetischer Kinder und Jugendlicher - zählen die schwierigen Kriegsjahre und die Monate der faschistischen Besetzung in der Nähe von Elista.

Nach dem Schulabschluss studierte Richard Philosophie an der Moskauer Staatlichen Universität. Und schon in seiner Studienzeit machte er die ersten Schritte in der theoretischen Arbeit. Er setzte diese Arbeit fort als Lehrer, Angestellter des Zentralkomitees der KPdSU, stellvertretender Chefredakteur der Prawda, 10 Jahre lang als Leiter der Zeitschrift „Kommunist“. Richard Iwanowitsch war sich der Unfruchtbarkeit der leeren Phrasen bewusst und bemühte sich um den modernen Klang des Leninismus, der den Geist erregen und das Herz inspirieren kann. Als Wissenschaftler sah er die Unerschöpflichkeit und Relevanz des Potenzials des Marxismus. Als Kommunist war er sich seiner Pflicht bewusst, dieses Wissen in die Massen zu tragen.

In den Jahren der sogenannten Perestroika erkannte er die bevorstehende Kapitulation und den Verrat der Parteibürokratie und setzte alles daran, echte kommunistische Kräfte zu mobilisieren, um die Konterrevolution abzuwehren. Er sprach mit den Arbeitern, inspirierte und organisierte Parteikollegen, versammelte um sich Wissenschaftler und die sowjetische Jugend. Er war einer der Gründer der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei.

Er gab nicht auf und zog sich nicht zurück. Das Schicksal verschonte ihn nicht, nahm ihm seine Frau und dann seinen Sohn früh weg. Einmal versagte das Herz, aber die Ärzte und die Natur kamen zurecht. Richard Iwanowitsch konzentrierte sich jeden Tag und jede Stunde auf die Arbeit - auf den nächsten und einen weiteren und einen weiteren Schritt, der der Arbeiterklasse zur richtigen Zeit eine solide ideologische Grundlage bieten sollte - unersetzlich, wenn jede Minute kostbar ist und keine Reserven zur Verfügung stehen.

Er wurde nicht durch den vorübergehenden Rückzug des Sozialismus gebrochen. Als Wissenschaftler und Stratege verstand er, dass die wichtigsten sozialen Kämpfe noch bevorstehen. Und heute ist es von entscheidender Bedeutung, die Idee zu bewahren, das erreichte Niveau nicht zu senken, nicht zuzulassen, dass der Feind unsere Sache verleumdet und vernichtet.

Richard Iwanowitsch trug sein Fackelherz durch das Leben und gab sich vollständig den Menschen hin. Er arbeitete bis zum letzten Tag. Und er war davon überzeugt, dass die Fahne weiter getragen wird.

## ***Kundschafter des Friedens: Nachruf auf Dieter Popp***

Am 27. November 2020 verstarb der Vorsitzende der Gruppe "Kundschafter des Friedens fordern Recht", Dieter Popp, im Alter von 82 Jahren nach kurzer Krankheit im Krankenhaus in Bonn. Er hatte immer den Wunsch, nicht in ein Pflegeheim zu kommen. Sein Wunsch ist nun auf diese Weise in Erfüllung gegangen.

Dieter Popp war einer der erfolgreichsten Kundschafter der Verwaltung Aufklärung der Nationalen Volksarmee der DDR. Durch die Zusammenarbeit mit seiner Quelle im Planungsstab des Bonner Verteidigungsministeriums, Egon Streffer, erfuhr die DDR - und damit die Sowjetunion - vieles über die militärpolitischen Planungen der Bundeswehr und der Nato. Dadurch konnten Rüstungsvorhaben der Nato frühzeitig erkannt und gekontert werden. Aber es konnten auch die Verhandlungen zu KSZE, MBFR und SALT II zum Erfolg geführt werden, indem die Verhandlungsführer des Warschauer Vertrages genau wussten, wo von Seiten der Nato falsch gespielt wurde, und wo ehrliche Absichten vorlagen. Auf diesen Beitrag zur Friedenssicherung war Dieter Popp immer besonders stolz.

Seine Quelle Egon Streffer verstarb im August 1989 an einem Herzinfarkt. Nun ist ihm Dieter gefolgt.

Der frühe Tod ersparte Egon Streffer die Enttäuschung über das Versagen der Sowjetunion und den Untergang der verratenen DDR. Dieter Popp wurde im April 1990 durch einen Verräter enttarnt und vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu sechs Jahren Haft verurteilt. Die eklatante Ungleichbehandlung der Spionage Ost und West empfand er - nach einer angeblich gleichberechtigten Wiedervereinigung der zwei souveränen deutschen Staaten - als Unrecht. Nach seiner Haftentlassung gründete er deshalb mit mehreren anderen Kundschaftern der DDR die Initiativgruppe "Kundschafter des Friedens fordern Recht".

Rückblickend muss man feststellen, dass es natürlich illusorisch war, eine faire Gleichbehandlung zu erwarten. Zwar hatte auch der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker angemahnt, es müsse berücksichtigt

werden, dass die Spionage im Kalten Krieg "hinüber und herüber" erfolgt sei. Diese Worte konnten die DDR-Hasser nicht davon abhalten, juristisch verbrämte Rache an den Kundschaftern der DDR zu nehmen, während die Spione des Westens geehrt und belohnt wurden.

Dieter Popp hat die Haftzeit in Würde ertragen und sich für seine Ideale engagiert; dieses konnte er nach seiner Haftentlassung nun offen tun. Er engagierte sich in der KPD, der PDS (später "Die Linke") und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN). Zu seiner Tätigkeit als Kundschafter äußerte er sich freimütig in vielen Interviews, Vorträgen und Filmbeiträgen.

Ein erfülltes Leben hat sein Ende gefunden. Wir werden Dieter Popp vermissen und gedenken seiner in Respekt und Dankbarkeit.

### ***Frank Flegel: Nachruf auf Erich Buchholz***

Erich Buchholz, geboren am 8. Februar 1927, wurde 1946 Mitglied der SED. 1948 begann er als Absolvent der Arbeiter- und Bauernfakultät<sup>34</sup> das Jura-Studium an der Humboldt-Universität in Berlin, das er 1952 abschloss. Er hat uns bei einem Treffen davon erzählt, wie die Absolventen der Arbeiter- und Bauernfakultät 1946 von den etablierten Studenten und den noch vorhandenen Resten des alten Lehrstuhls aus der Zeit des Faschismus gehänselt und verächtlich gemacht wurden. Über die Stationen wissenschaftlicher Assistent, Promotion und Habilitation, Ordinarius, Leiter des Instituts für Strafrecht wurde er schließlich 1966 Dekan der juristischen Fakultät, 1976 Direktor der Sektion Rechtswissenschaften.

1991 wurde er von den neuen Herren selbstverständlich aus der Humboldt-Universität entfernt und arbeitete danach als Rechtsanwalt.

Wir haben Erich bei der „Linken Runde“, die bei Rosemarie und Hanfried Müller tagte, etwa Mitte der 1990er Jahre kennengelernt. Schnell entwickelte

---

<sup>34</sup> Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten waren in der Deutschen Demokratischen Republik Institutionen an Universitäten und Hochschulen zur Vorbereitung junger Arbeiter und Bauern und deren Kinder auf ein Hochschulstudium; sie dienten der Brechung des Bildungsprivilegs.

sich eine enge politische Beziehung, wir haben in der offen-siv zahlreiche Arbeiten von ihm veröffentlicht, u.a. das Sonderheft „Sozialismus und Kriminalität“.

Eine sehr eindrückliche Begebenheit sei hier kurz erzählt. Erich hat sich 1999 an unserer Konferenz „Auferstanden aus Ruinen – Über das revolutionäre Erbe der DDR“ mit einem Referat beteiligt. Nach seinem Vortrag fragte ihn eine Teilnehmerin in leicht provozierendem Ton: *„Eine kurze Frage: wann wurde in der DDR die Todesstrafe abgeschafft?“*

Erich antwortete: *„Die Frage ist ja eine nach dem Datum: Das Jahr war 1987. Aber ich möchte zwei, drei Sätze dazu sagen. Erstens: Unter den sozialistischen Ländern war die DDR das erste, in dem die Todesstrafe gesetzlich abgeschafft wurde. Zweitens: In der DDR wurde die Todesstrafe, dann, wenn sie noch ausgesprochen wurde, auf dem Gnadenweg umgewandelt, und zwar seit etwa Anfang der 80er Jahre. Jedenfalls gehörte – ich weiß das von internationalen Konferenzen im Rahmen der UNO – die DDR schon seit langer Zeit zu jenen Staaten, wie man es formulierte, wo faktisch die Todesstrafe nicht mehr bestand.*

*Viel wichtiger ist aber etwas anderes.*

*Erstens: Stichwort Todesstrafe, Stichwort Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Demokratische Republik. Diesen Vergleich kann man nicht behandeln, ohne die Eigenart zu berücksichtigen, dass durch das Grundgesetz die Bundesrepublik Deutschland – sie wurde 1949 gegründet – die Todesstrafe abgeschafft hat. In welcher Verfassung findet sich eine solche Regelung? Das ist schon auffällig.*

*Und zweitens: Was bedeutete im Jahr 1949 die völlige Abschaffung der Todesstrafe? Es gab einige mehr als überfällige Nazi-Mörder und Nazi-Verbrecher. Also eine solche wesentliche Funktion hatte die Abschaffung der Todesstrafe im Jahr 1949. Übrigens ist dann in den 50er Jahren, als man keine Nazis mehr hätte hinrichten müssen, immer wieder die Wiedereinführung der Todesstrafe in der BRD gefordert worden.*

*Man könnte dazu noch vieles sagen, aber ich will es im Augenblick so lassen.* <sup>35</sup>

Das lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig.

Als die Kommunistische Plattform der PDS Hannover die Herausgeberschaft der *offen-siv* kündigte und wir auf die Schnelle ein neues Herausbergremium gründen mussten, war Erich sofort zur Mitarbeit bereit.

Erich ist am 11. Dezember 2020 im Alter von 93 Jahren gestorben. Wir verlieren einen unglaublich klugen, erfahrenen und standhaften Genossen.

Zu Ehren des Genossen Erich Buchholz - und zu Ehren der DDR - drucken wir hier das Referat von Anna, gehalten bei der Konferenz der KPD „Die DDR – Das neue Deutschland“ vom 5./6. Oktober 2019, nach, weil es sich im Wesentlichen auf Erichs Arbeiten bezieht.

### ***Anna C. Heinrich: Veränderung der Menschen, Solidarität, Integration und Eindämmung der Kriminalität***

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich spreche zu dem Thema: Veränderung der Menschen, Solidarität, Integration und Eindämmung der Kriminalität. Die hauptsächliche Bezugsquelle meiner Ausführungen ist Erich Buchholz, „Sozialismus und Kriminalität“, erschienen als Sonderheft bei *offen-siv* im März 2001.

Mit der Existenz der DDR haben wir die einzigartige Situation, dass wir die Entwicklung der Menschen in zwei unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen - Kapitalismus und Sozialismus - miteinander vergleichen können. Dabei müssen wir uns vor Augen führen, dass die sozialistische Gesellschaft gerade erst entstand. Es waren die gleichen Menschen mit der gleichen Sozialisation in Ost und West, die sich nun auf unterschiedliche Wege in den unterschiedlichen Gesellschaften begaben.

Buchholz untersucht diese Entwicklung anhand der Kriminalität in beiden Staaten, mit erstaunlichen Ergebnissen.

---

<sup>35</sup> Auferstanden aus Ruinen – Über das revolutionäre Erbe der DDR. Protokollband der Veranstaltung am 20./21. November 1999, Hrsg: *offen-siv*, S. 75

„Unmittelbar nach Kriegsende, also 1945 und 1946, war im Gefolge des Krieges und der chaotischen Nachkriegszeit die Kriminalität in ganz Deutschland, in Ost und West, außergewöhnlich hoch.... Infolge der Wiederherstellung einer staatlichen Ordnung ging die Rate zurück. Diese Tendenz und Entwicklung des Rückgangs der Kriminalität war bis etwa 1951 im Osten und im Westen Deutschlands weitgehend ähnlich. Dann aber weist die Statistik eine entgegengesetzte Entwicklung aus: Während in der Bundesrepublik Deutschland die Kriminalität wieder zu steigen begann, setzte sich in der DDR die Tendenz des Rückgangs der Kriminalität fort. Diese Grundtendenz blieb, mit einigen Veränderungen und Modifizierungen, im Wesentlichen bis 1989 erhalten.“<sup>36</sup>

Eine der eindrucksvollsten Tatsachen, die die stattgefundene Veränderung der Menschen belegt, im Sinne von Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, der Staat ist unser, schaden wir der Gesellschaft, schaden wir uns, ist folgende Begebenheit: Im Jahre 1987 wurde aus Anlass des 38. Jahrestages der Gründung der DDR eine umfassende, fast totale Amnestie erlassen.

“Die uns hier interessierende Besonderheit bestand darin, dass diese Amnestie, völlig ungewöhnlich, fast drei Monate vor ihrem Wirksamwerden bekannt gemacht wurde! Es fielen also nicht nur bereits begangene, bekannt gewordene bzw. abgeurteilte Straftaten unter die Amnestie, sondern – ob beabsichtigt, sei dahingestellt – für einen Zeitraum von einem Vierteljahr auch künftige Straftaten. Das war doch ein beispielloser Freibrief für Kriminelle!“

Die westlichen Medien frohlockten und sprachen von einem juristischen Schnitzer etc. „Was ergab sich? Gab es einen Kriminalitätsboom? Gab es Chaos? Nein, ganz und gar nicht. ... Man möchte es kaum glauben es gab keine Kriminalitätszunahme, die Kriminalitätsrate lag in diesem Vierteljahr sogar noch um 2 % unter derjenigen des Vorjahres.“

Schauen wir auf die Gründe dieser Entwicklung. „Was war hier im Osten anders geworden an den gesellschaftlichen Verhältnissen? Seit 1952 wurde

---

<sup>36</sup> Alle nicht mit Belegen versehenen Zitate aus: Erich Buchholz, „Sozialismus und Kriminalität“, Sonderheft der offen-siv, März 2001



planmäßig die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft betrieben. ... Schritt für Schritt, nach Maßgabe der ökonomischen Möglichkeiten, verbesserte sich das Leben für die einfachen Menschen. Soziale Sicherheit wurde zunehmend zu einem Markenzeichen der DDR.“

Es besteht kein Zweifel, dass diese Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, vor allem die soziale Sicherheit, also ohne Angst vor Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit leben zu können, dazu beitrug, die Kriminalität so stark einzuschränken.

Die Menschen in der DDR mussten also keine grundsätzlichen Sorgen um das Morgen mehr haben. Aber nicht nur die eben angeführten Bedingungen waren wichtige Schritte zum neuen Menschen, auch der Umgang und die Aufmerksamkeit im tagtäglichen Alltag waren grundlegend wichtig, niemand musste sich alleingelassen fühlen oder ohne Hilfe in schwierigen Lebenslagen.

„In der DDR wurde die Kollektivität groß geschrieben. Das bedeutete auch, dass man im Kollektiv voneinander wusste, meist auch von den Problemen und Sorgen des Menschen neben dir. Das alles war möglich, weil die Werktätigen in der DDR nicht zueinander in Konkurrenz standen; sie mussten nicht mit ihren Ellenbogen gegenseitig um den Arbeitsplatz kämpfen; sie mussten nicht ihre eigene Unabkömlichkeit mit allen möglichen - auch unfairen - Mitteln unter Beweis stellen. Sie konnten durchaus über Probleme und Schwächen sprechen. ...

Ganz besonders muss betont werden, dass in der DDR die Auswertung einer Straftat im Kollektiv nicht dazu führte, dass der Betreffende seinen Arbeitsplatz verlor. Ganz im Gegenteil, gerade die kollektive Erörterung des Strafgeschehens und der Ursachen und Bedingungen der Straftat, der persönlichen Probleme des straffällig gewordenen Kollegen trug nicht selten dazu bei, dass sich die Beziehungen im Kollektiv zueinander festigten. ...

In diesem Zusammenhang soll auf die Aktivitäten der Kollektive und Kollegen hingewiesen werden, die diese an den Tag legten, wenn es darum ging, aus dem Strafvollzug Entlassene wieder in die Gesellschaft einzugliedern, oder kriminell gefährdete Personen zu betreuen. In zahlreichen Fällen haben die Kollegen diese Personen, die eine besondere Aufmerksamkeit verdienten, des Öfteren persönlich von zu Hause abgeholt,

damit sie regelmäßig arbeiten lernen und nicht wieder in Arbeitsbummelei verfallen. ...

Es gab in der DDR ... praktisch nur werktätige Bürger (bzw. Rentner, die früher werktätig waren, oder Schüler, Lehrlinge und Studierende, die sich auf ihre künftige Werkstätigkeit vorbereiteten).

In weltanschaulicher-geistiger Hinsicht bestand, bei allen individuellen Unterschieden, eine hohe Übereinstimmung der Grundüberzeugungen, ... ohne die nicht über Jahrzehnte der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mit Millionen Bürgern hätte betrieben werden können.“

Ein Klima in der Gesellschaft, das die bereits vollzogene Veränderung des Menschen und vor allem die grundlegend anderen gesellschaftlichen Bedingungen für die Menschen sehr deutlich aufzeigt. Dies hatte auch Auswirkungen auf die kriminellen Delikte in der DDR.

Ohne auf die genauen Statistiken einzugehen, möchte ich an dieser Stelle eine Auswahl der Delikte vorstellen, die nie oder so gut wie nie in der DDR vorkamen: Geiselnahme, Entführungen von Politikern und Kindern, Flugzeugentführungen, Drogen oder Rauschgiftdelikte (es gab auch keine Drogentote), Banküberfälle oder Überfälle auf Geldinstitute oder Geldtransporter, es gab keine organisierte Kriminalität. Das spricht für sich!

Leider blieb ein Einfluss des kapitalistischen Gedankenguts nie ganz außerhalb der DDR. Besonders die Medien und immer stärker das West-Fernsehen trugen auch kapitalistisches Gedankengut in die Bevölkerung der DDR. Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre nahm diese Tendenz zu und so „...war die DDR niemals völlig frei von kapitalistischen Denken, d.h. vom Denken an materielle Vorteile, an Geld und die Möglichkeit, sich um jeden Preis auf Kosten andere zu bereichern.“ Ab Mitte der 70er Jahre stieg die Anzahl von Einbrüchen in Wohnungen und Bungalows an, durchgeführt von jungen Männern oder Jugendlichen, die keiner Arbeit nachgingen. Der Zusammenhang von westlichem Einfluss und ansteigen dieser Delikte ist eindeutig.

Der Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Kriminalität ist durch die Studie von Erich Buchholz bewiesen, denn nach 1990 glich sich die Kriminalitätsrate im Osten wieder der des Westens an. Leider, denn im Laufe

der Jahre war die Kriminalitätsrate in der DDR um ein 10faches niedriger als in der BRD.

Marx schrieb: „Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muss man die Umstände menschlich bilden.“ (Marx/ Engels Werke, Bd. 4) und weiter: „Es kommt darauf an, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Marx/Engels Werke, Bd. 1)

Schauen wir uns heute in dieser kapitalistischen Gesellschaft um! Was finden wir anderes als eine Unzahl von ebendiesen Menschen, erniedrigt, geknechtet, verlassen und verächtlich gemacht. Engels schrieb: „Wir heben den Gegensatz gegen alle anderen auf – wir setzen dem sozialen Krieg den sozialen Frieden entgegen, wir legen die Axt an die Wurzeln des Verbrechens.“

Genossinnen und Genossen! Kommunismus was sonst!

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.

## Aus der Leser/innen-Post

### **Joachim Becker: Zu: „Offener Brief an die Bundesregierung“, offen-siv 9-2020**

Bisher haben in der Geschichte der BRD die Proteste der 'Friedensbewegung' (als es diese noch gab) weder die Aufrüstung der BRD- Bundeswehr noch die Stationierung von Atombomben der USA-Imperialisten verhindert. Als Marxisten-Leninisten wissen wir, dass Imperialismus Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg bedeutet. Die Merkel-Regierung der imperialistischen BRD wird schon wegen ihrer NATO-"Bündnistreue" überhaupt nicht daran denken, ihre Truppen aus dem Baltikum und anderen Regionen der Welt abzuziehen noch den Austritt der BRD aus der NATO vorzubereiten. Die Imperialisten brauchen den Krieg. Bringt dieser doch ihren Rüstungskonzernen riesige Profite. Wenn wir Kriege wirklich verhindern

wollen, müssen wir den Imperialismus abschaffen. Allein friedliche Proteste und Appelle bringen uns da nicht weiter.

Joachim Becker

### ***Fritz Dittmar: Zum Kuba-Heft, offen-siv 10-2020***

Moin, Frank, mit dem Cuba-Heft hast du mir ja ein „schönes“ Weihnachtsgeschenk gemacht. Ich ahnte schon, was da kommen könnte, und du hast mit gründlicher Arbeit meine Befürchtungen bestätigt: Nach dem halben Heft hätte ich am liebsten zu lesen aufgehört, unter dem schrecklichen Eindruck eines déjà vu: Die Geschichte des Zusammenbruchs der SU, ihrer Nachfolge-Staaten, der Staaten des Warschauer Vertrags, der VR Chinas und Vietnams, und nun auch noch Cuba! Wenn dort noch etwas zu retten sein sollte, würde es eine Umwälzung in der KP voraussetzen, wofür aber keine Anzeichen erkennbar sind.

Aber was soll's: „Aussprechen, was ist“ bezeichnete Marx als die wichtigste Tugend des Revolutionärs. Alle die bisherigen Katastrophen sind nicht aufgrund von offenen Aggressionen des Imperialismus eingetreten, sondern durch die Politik der führenden GenossInnen „von oben“. Wie ist es dem Imperialismus gelungen, die Führungen der regierenden kommunistischen Parteien auf den Kurs zur Liquidierung des Sozialismus zu bringen? Der US-Präsident Ronald Reagan hat in seiner Ansprache von 1984 darüber aufgeklärt, dass es den Diensten der USA gelungen sei, Antikommunisten in großer Zahl in wichtige Stellen von Partei- und Staatsführung zu schleusen. Dem mag wohl so gewesen sein, aber es klärt nicht, warum die sozialistischen Dienste das nicht bemerkt und verhindert haben. Und vor allem klärt es nicht, warum erfahrene Bolschewiki nicht das Eindringen des Revisionismus in die Politik ihrer Staaten erkannt und bekämpft haben. Es will mir einfach nicht in den Kopf, wieso sie sich nicht trotz der großartigen Erfolge des Sozialismus einfach über die „Kritik“ der kapitalistischen Sozialismustöter mit Lachen hinweggesetzt haben.

Als dann mit der Einführung von Perestroika und Glasnost die Probleme nicht gelöst, sondern verschärft wurden, hatte niemand den Mut, die Notbremse zu ziehen. Stattdessen wurde das als Medizin gepriesene Gift in noch größeren Dosen verabreicht.

Sollte mit Cuba auch die letzte Bastion des real existierenden Sozialismus fallen, stehen wir wieder auf Start. An uns wäre es dann, in der jungen Generation die Erkenntnis zu verbreiten, dass von neuem und verschärft die Alternative vor ihr steht: „Sozialismus oder kapitalistische Barbarei.“

Trotz alledem!

Rote Grüße, Fritz Dittmar

## Rechenschaftsbericht 2020

### **Realisierte Publikationen in 2020:**

Heft 1-2020, Sonderheft, Heinz Ahlreip: „Lenins Revolutionstheorie, 76 S.

Heft 2-2020, Zwei-Monatsheft, Januar-Februar 2020, 84 S.

Heft 3-2020, Sonderheft, Jürgen Geppert u. Frank Flegel: „Ökonomische Analyse Chinas“, 104 S.

Heft 4-2020, Zwei-Monatsheft, März-April 2020, 92 S.

Heft 5-2020, Zwei-Monatsheft, Mai-Juni 2020, 92 S.

Buch, Harpal Brar: „Perestrojka. Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus“, 2. Auflage. 344 S.

Heft 6-2020, Zwei-Monatsheft, Juli-August 2020, 80 S.

Heft 7-2020, Zwei-Monatsheft, September-Oktober 2020, 84 S.

Heft 8-2020, Sonderheft, Michael Kubi, Jürgen Geppert, Frank Flegel, Heinz Ahlreip: „Am 28. November 1820 wurde Friedrich Engels geboren. Beiträge zu seinem 200. Geburtstag“, 112 S.

Heft 9-2020, Zweimonatsheft, November-Dezember 2020, 68 S.

Heft 10-2020, Sonderheft, Frank Flegel: „Kuba. Analyse der gegenwärtigen `Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells‘“, 72 S.

Insgesamt: 1208 Seiten.

### **Autorinnen und Autoren:**

Abdelkerim Abu Habel, Heinz Ahlreip, Außenministerium Kubas, Harpal Brar, Jelena Charlamenko, Cinar Cimen, Fritz Dittmar, Luca Frei, Deutscher Freidenkerverband, Ringo Ehlert, Emko, Frank Flegel, Willi Franke, GBM, Jürgen Geppert, David Green, GRH, Uwe Humsch, Ideologische Kommissin der KPD, Initiative der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Hermann Jacobs, Claudia K. Olga Kalinina, Kommunistische Organisation, Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Kommunistische Partei der Schweiz, Kommunistische Partei der Türkei (TKP), Dimitris Koutsoumbas, KPD, KPD-LO Berlin, KPD-LO Brandenburg, KPD-LO NRW, Michael Kubi, Christian Kunz, Miclas Lacorn, Ekkehard Lieberam, Helmut Loeven, Helmut Mittank, Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg, Cornelia Noak, Yavuz Özoguz, Brigitte Queck, Redaktion offen-siv, Karl Rehbaum, Torsten Reichelt, Sebastian Rostock, Eckhard Roth, Todor Schiwkow, Karsten Schönsee, Torsten Schöwitz, Reinhardt Silbermann, Thanasis Spanidis, J.W. Stalin, Hans Christoph Stoodt, Nadezhda Syrkina, Joachim T., Horst Vogel,

Daniel W., Zbigniew Wiktor, Werner Wild, Sitaram Yechury, Yana Zavatsky,  
ZK der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation

**Die Orte, in denen offen-siv gelesen wird:**

Aachen, Ahrensfelde, Altensteig, Altlandsberg, Amtzell, Antwerpen (Belgien), Athen (Griechenland), Augsburg, Bad Bentheim, Bad Säckingen, Bad Schwalbach, Beelitz, Beilngries, Berlin, Bielefeld, Billigheim, Blumberg, Bochum, Bonn, Brandenburg, Bratislava (Slowakische Republik), Braunschweig, Bremen, Brüssow, Brüssel (Belgien), Buchholz, Calcutta (Indien), Cossen, Cottbus, Clailshiem, Dahme, Darmstadt, Dorfen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Eilenburg, Eisenhüttenstadt, Elsterwerda, Eltville, Erfurt, Erkner, Essen, Frankfurt/Main, Frankfurt/Oder, Freising, Friedrichsdorf, Frohburg, Fürth, Gera, Gerlingen, Gießen, Gorki (Russland), Göttingen, Goslar, Guben, Halle, Hamburg, Hameln, Hannover, Havelberg, Heidelberg, Heidenau, Heilbronn, Hermsdorf, Hess. Oldendorf, Heuchelheim, Hildesheim, Hohenahlsdorf, Heuerswerda, Ihlow, Ingolstadt, Jena, Jetzendorf, Joachimsthal, Kaltennordheim, Karlsbad, Karlsruhe, Kassel, Kathlow, Kiel, Koblenz, Köln, Kottlingbrunn (Österreich), Krefeld, Kronberg, Kühlungsborn, Künzel, Kurort Oybin, Leipzig, Leun, Lindau, Märkisch-Buchholz, Magdeburg, Mannheim, Mittweida, Mönchengladbach, Möttingen, Moormerland, Moosburg, Müllrose, München. Münster, Nazza, Neubrandenburg, Neumünster, Neustadt, Nürnberg, Obersdorf, Offenbach, Oldenburg, Osnabrück, Paris (Frankreich), Pasewalk, Potsdam, Premnitz, Puchheim, Rathenow, Raunheim, Ravensburg, Reut, Riemerling, Röschitz (Österreich), Rossau, Rostock, Rudolstadt, Rüsselsheim, Saarbrücken, Schlangenbad, Schweinfurt, Schwenningen, Schwerin, Sonneberg, Stadtroda, Steffenberg, Steingaden, Stelle, Strausberg, Stuttgart, Thale, Thorgau, Treuen, Trier, Tübingen, Türkenfeld, Veitshöchheim, Wahrenberg, Waltershausen, Wannweil, Weinstadt, Wien (Österreich), Wiesbaden, Wilhelmshaven, Winsen/Luhe, Woltersdorf, Wroclaw (Polen), Zaandam (Niederlande), Zella-Mehlis, Zittau, Zürich (Schweiz), Zweibrücken.

**Finanzen 2020:**

Ausgaben:

Druckkosten <sup>37</sup> :	15.360,00 €
Porto:	3.831,49 €
Werbung:	1.492,40 €
Bank-Gebühren <sup>38</sup> :	123,30 €
<u>Büro und Sonstiges:</u>	<u>1.091,34 €</u>
<u>Summe:</u>	<u>21.898,53 €</u>
<u>Spendeneinnahmen:</u>	<u>20.950,00 €</u>
<u>Saldo:</u>	<u>- 948,53 €</u>
Rücklage aus 2019:	3.588,67 €
Aktuelle Rücklage:	2.640,14 €

---

<sup>37</sup> Darin 4450,00 € Druckkosten für Harpal Brar: Perestrojka

<sup>38</sup> Die Bank hatte uns zu einem Geschäftskonto gezwungen. Dort wird jede Kontobewegung mit einer Gebühr belegt. Daher diese Bank-Gebühren.



---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**

